

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Beilagen oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 144.

Freitag, den 22. Juni 1917.

24. Jahrg.

Abrüstung und internationale Schiedsgerichte.

Die Denkschrift der deutschen Sozialdemokratie an die Stockholmer Konferenz behandelt u. a. zwei Forderungen, über welche sich ohne weiteres die Sozialdemokraten aller Länder einig sind. Wir wünschen, daß der Friedensvertrag, der irgend wann einmal den Weltkrieg beenden wird, vorzuziehen ist, daß künftig internationale Schiedsgerichte die Streitigkeiten zwischen den Staaten statt der Kriegsgewalt entscheiden und daß eine internationale Abrüstung erfolgt.

Dieses Verlangen wird, soweit es in der Forderung nach Errichtung internationaler Schiedsgerichte besteht, erfüllt werden. Die Staatsmänner aller kriegführenden Staaten, u. a. auch Bethmann Hollweg, haben sich dafür erklärt. Nun wird man sich natürlich nicht einbilden, mit der Erfüllung dieser alten Forderung der internationalen Sozialdemokratie seien die Kriege ein für allemal abgeschafft. So lange es Soldaten gibt, kann es Kriege geben. Und so lange der Kapitalismus mit seinen nationalen Interessengegensätzen besteht, werden die Heere nicht abgeschafft werden. Auch wenn die vertragsmäßige Bestimmung getroffen ist, daß von nun ab bestimmt kein Krieg mehr geführt werden soll, sondern ein Streitfall zwischen Staaten einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll, ist es möglich, daß ein Staat diesen Vertrag verletzt und loschlägt, ehe das Schiedsgericht gesprochen hat, oder sich dem Schiedspruch nicht fügt, falls er ihm ungünstig ist. Ein solcher Vertrag ist nicht eine unbedingt sichere Barrikade gegen jede Kriegsgefahr, aber eine Barrikade mehr. Nach Abschluß des Krieges ist, wenn er ohne Kriegsentwässerungen und Anexionen zu Ende geht, die Gefahr eines neuen Krieges zwischen den am jetzigen Kriege beteiligten Staaten sehr gering, weil Europa ein Jahrhundert braucht, um sich von dem gegenwärtigen Übermaß zu erholen, in einem Jahrhundert aber wohl der internationale Sozialismus Kriege längst unmöglich gemacht haben wird. Eine ausdrückliche Vereinbarung, monach Staaten nicht mehr Krieg führen wollen, sondern sich im Streitfall einem Schiedsgericht zu unterwerfen bereit sind, würde die Wahrscheinlichkeit des dauernden Friedens noch erhöhen. Es wäre zu erwarten, daß die Staaten die Vereinbarung innehalten, weil die Völker keine Neigung haben werden, sich noch einmal kapitalistisch-imperialistischer Machtgier auszuopfern. Die Schiedsgerichte geben eine Handhabe, daß im Streitfall kein Staat ohne weiteres dem andern folgen muß, wenn er dem Kriege aus dem Wege gehen will.

Noch wichtiger ist die internationale Abrüstung. Die Abschaffung aller Heere wäre das Ideal, sie ist selbstverständlich unerreichbar. Der einzelne Staat kann natürlich die Armeen nicht entbehren, so lange es noch einen anderen Staat gibt, der über Soldaten und Waffen verfügt. Nun bedeutet die Entente, ihr wichtigstes Kriegsziel sei die Abschaffung „des preussischen Militarismus“. Nun trägt leider der Militarismus in Preußen weder ein schöneres noch ein häßlicheres Antlitz wie in allen übrigen kapitalistischen Ländern. Unser Programm ist die Abschaffung des internationalen Militarismus einschließlich des preussischen.

Der beste Weg zur internationalen Abrüstung wäre die Abschaffung der stehenden Heere und ihre Ersetzung durch die Volkswehr. Damit wäre die Sicherung gegen neue Kriegsgefahr gewaltig gesteigert. Die „Volkswehr“ zwingt freilich im Gegensatz zum stehenden Heere jeden, der Waffen tragen kann, zum Heeresdienst und sieht keine „Friedenspräsenzstärke“ vor, die die Zahl der Soldaten, die im Jahresdurchschnitt dienen, beschränkt. Aber das System der „Volkswehr“ verlangt die hauptsächlich militärische Ausbildung in der Jugendzeit. Während der Schulzeit sind die Knaben dann tüchtig im Marschieren und Turnen zu schulen, nach der Schulentlassung ist die achtstündige Höchst-Arbeitszeit einzuführen und dann sind bis zum Eintritt in die Kaserne mit etwa 21 Jahren die jungen Leute zu militärischen Übungen an Werktagnachmittagen, an Werktagabenden, von Zeit zu Zeit auch am Sonntag, zu verpflichten. Ist das geschehen, so genügt mit 21 Jahren eine ganz kurze Dienstzeit, die höchsten bei einzelnen Truppenteilen (bei reisender Artillerie und Kavallerie) nie länger als drei Monate betragen darf; auch für die Flotte ist eine möglichst kurze Dienstzeit vorzusehen. (Im Kriege ist man längst mit den gedienten Mannschaften, die zwei bis drei Jahre Soldat waren, nicht ausgekommen, sondern erjagt seine Siege mit dem ungedienten Landheer.) Spätere Übungen von der Dauer etwa unserer Reservisten- und Landwehrrübungen würden den Heeresdienst ersetzen. Das Feldgrau würde auch in Friedenszeiten an die Stelle der kostspieligen Uniformen mit ihren blanken Knöpfen treten. Verbote wäre es Soldaten und Offizieren, außerhalb des Dienstes die Uniform nebst Seitengewehr zu tragen und so die Waffen im Volk statt das Volk in Waffen zu repräsentieren. In der Volkswehr hat die Verpflegung der Soldaten viel besser zu sein wie in der stehenden Heere. Die Volkswehr ist zunächst zum Zwecke der Erprobung die Zahl der Berufs-Unteroffiziere

und Offiziere gewaltig ein. Die „Volkswehr“ sieht im Gegensatz zum System der stehenden Heere vor, daß alle Soldaten, die die entsprechende Prüfung für ihre Charge bestanden und sich dementsprechend straffrei geführt haben, nach dem Dienstaalter zum Unteroffizier und Offizier bis zum Hauptmann oder Major avancieren. Die höheren Offiziere sind nicht, wie im stehenden Heere, vom „obersten Kriegsherrn“ oder dem General einer Republik, sondern von einem von der Volkswertretung zu wählenden Ausschuss zu bestimmen, wenn man es nicht vorzieht, die Soldaten selbst ihre Vorgesetzten aus der Zahl derer, die den Befähigungsnachweis erbracht haben, wählen zu lassen. Jeder Soldat müßte sein Gewehr nach Ablauf der Dienstzeit nebst einer Anzahl Patronen nach Hause mitnehmen.

Ein derartiges Volksheer wäre viel schwerer zu kriegen, die noch oder schon irgend vermeidlich sind, und viel schwerer zu Staatsstreichen zu werden (wie sie Herr v. Oldenburg empfahl, der meinte, der Kaiser dürfe durch einen Leutnant mit 10 Mann den Reichstag auseinanderjagen lassen) zu verwenden. Im Ernstfalle, wenn die Landesverteidigung den Krieg wirklich zur zwingenden Notwendigkeit macht, würde an die Stelle des blinden Gehorsams die bewußte Unterordnung zum Zwecke der Abwehr fremder Gewalt treten und das äußerste an militärischer Kraft, das in einem Volke steckt, herausgeholt werden.

Wenn nun aber leider die kapitalistischen Staaten der Gegenwart am System der stehenden Heere festhalten wollten, so sollte mindestens eine bestimmte Dienstzeit,

die kein Staat überschreiten darf, und eine Friedenspräsenzstärke der Armee, die keines Staates Heer übersteigen darf (gemessen etwa nach Prozenten der männlichen Bevölkerung) festgelegt werden. Im letzten Friedensetat den der Reichstag bewilligte, waren für Heer und Flotte allein 1.855.717.892 Mark vorgesehen, davon allein für das Heer 1.370.793.445 Mark. Nach dem Kriege werden die Staaten finanziell völlig erschöpft sein und, wenn nicht die Ausgaben für das stehende Heer und die Flotte eingeschränkt werden, lassen die Steuern der Bevölkerung nicht das Nötigste zum Leben übrig. Statt den Verwundeten und den Witwen der Gefallenen den Dank des Vaterlandes abzutragen, statt zum Wohle der Massen mit öffentlichen Mitteln Kulturaufgaben zu lösen, müssen die Staaten dann die Bevölkerung vollends verelenden lassen. Wenn die Staaten weiter beliebig miteinander metzeln dürfen, wird jeder wieder die zunehmende Rüstung der anderen als eine Bedrohung für sich empfinden und den Kriegsherrn aller Länder ist das Spiel erleichtert. Besonders wertvoll ist die Festlegung der höchst zulässigen Länge der Dienstzeit. Bei einjähriger Dienstzeit kann man mit der Hälfte der finanziellen Mittel die gleiche Zahl ausbilden, wie bei der zweijährigen Dienstzeit. Je kürzer die Zeit ist, die der einzelne dem Heeresdienst widmen muß, um so weniger wird er unter der Wehrpflicht zu leiden haben. Wenn der Jorn der Entente über den „Militarismus“ nicht erheuchelt ist, werden ihre Staatsmänner sich freudig bereit erklären, das Verlangen nach internationaler Abrüstung im Friedensvertrag zu erfüllen.

Stockholm.

Das Informationsbureau des Delegiertenrates in Stockholm hat an den Genossen Ebert folgendes Telegramm geschickt:

„Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates teilen wir mit, daß der Delegiertenrat in der Sitzung vom 2. Juni beschloß, die internationale sozialistische Konferenz nach Stockholm zwischen 28. Juni und 8. Juli einzuberufen.“

Ischeidje, Vorsitzender.“

Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie hat dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg mitgeteilt, daß sie an der Konferenz teilnehmen werde.

Am 7. Juni beschloß die Stockholmer Delegation der deutschen Sozialdemokratie, folgendes Schreiben an das Exekutiv-Komitee des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg abzusenden:

Werte Genossen! Die Delegationen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften Deutschlands der internationalen Konferenz in Stockholm haben sich mit dem in den letzten Tagen veröffentlichten Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates beschäftigt, der die sozialistischen Parteien aller Länder auffordert, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, die in der Zeit vom 28. Juni bis 18. Juli in Stockholm tagen soll. Der Aufruf ist uns im vollen Wortlaut noch nicht bekannt. Nach dem uns vorliegenden Text werden die Parteien und Vereinigungen der Arbeiterklasse aufgefordert, dem Arbeiter- und Soldatenrat mitzutreten, ob sie an dieser Konferenz teilnehmen wollen. Wir erklären uns gern zur Teilnahme bereit, wie wir stets während des Krieges bereit waren, die internationalen Beziehungen mit allen sozialistischen Parteien wieder aufzunehmen. Die Sozialdemokratie Deutschlands hat während des Krieges ihre Politik unabhängig und selbstständig bestimmt. Entscheidend waren für sie dabei die Interessen des arbeitenden Volkes. Aus den beigefügten Dokumenten ergibt sich, daß die deutsche Sozialdemokratie unausgesetzt und mit ganzer Kraft eingetreten ist für eine Verständigung des Proletariats aller Länder zur gemeinsamen Herbeiführung des Friedens. Alle imperialistischen Eroberungsabsichten sind von uns stets entschieden bekämpft worden. Diese Stellungnahme ermöglicht es uns, die russische Revolution leidenschaftlich zu begrüßen und uns durch den Beschluß unseres Parteiausschusses rückhaltlos auf den Boden der Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats zu stellen, der die Völker zu gemeinsamem Vorgehen zugunsten des Friedens aufgefordert hat. Das vom Arbeiter- und Soldatenrat und der russischen Demokratie proklamierte Ziel: Frieden ohne Anexionen und ohne Entschädigungen, ist auch unser Ziel. Der Wortlaut des Beschlusses unseres Parteiausschusses, den wir auch im Reichstag energisch vertreten haben, ergibt sich aus dem zweiten Teil des beigefügten Materials, Seite 34. Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands, das von jeher die russischen Freiheitskämpfe mit der größten Bewunderung verfolgt und tatkräftig unterstützt hat, wünscht nach dem

Siege der russischen Revolution auf das lebhafteste eine dauernde Festigung der russischen Demokratie. Seine eigenen Interessen, seine ganze Bewegung für die freiheitliche Entwicklung Deutschlands lassen ein freies, demokratisches Rußland als Nachbarn dringend wünschen. Ein auf Freiheit und Freundschaft beruhendes nachbarliches Verhältnis ist auch die sicherste Garantie für einen dauernden Frieden in Europa. Unsere Bestrebungen sind auf eine rasche und gänzliche Beendigung des furchtbaren Völkergemehels gerichtet. Ebenso wie der Arbeiter- und Soldatenrat haben auch wir bei unserer Friedensarbeit nur den allgemeinen europäischen Frieden im Auge gehabt. Zur Förderung dieser übereinstimmenden gemeinsamen Bestrebungen wäre uns eine direkte persönliche Beziehung zum Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg erwünscht. Für den Fall, daß der Arbeiter- und Soldatenrat den gleichen Wunsch hat, bitten wir um Übermittlung eines entsprechenden Vorschlages.

Eine Abschrift dieses Schreibens haben wir gerichtet an die Genossen: Ischeidje, Zereteli und Skobelew, ebenso an die Redaktionen der Parteipresse „Rabotichaja gazetta“ und „Novaja Shijn“. In Ihrem Auftrag hat ferner uns das holländisch-skandinavische Komitee gebeten, uns für die Erteilung von Pässen an die Genossen Grimm und Christesco in Sufarest und Lautewicz und Kasperowicz in Belgrad zu verwenden. Wir werden selbstverständlich gern in dem von Ihnen gewünschten Sinne tätig sein.

Stockholm, am 7. Juni 1917.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in Stockholm.
(Folgen die Unterschriften.)

Stockholm, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Grimm bekräftigt seine Ausweisung. Die russische Regierung habe ihm nur im Interesse seiner eigenen Sicherheit die Abreise nahegelegt. Die hiesigen Zimmerwälder, nämlich Jung-Sozialisten und Bolschewiki, haben zwar den Grimm gemachten Vorwurf des Deutschland-Agententums als unbewiesen an, forderten ihn aber auf, bis zur Klärung die Zimmerwaldleitung niederzulegen, was Grimm auch getan hat.

Zur Beantwortung der Stockholmer Fragen trat, einer Havasmeldung zufolge, der Pariser Ausschuss der Partei am Donnerstag zusammen. Ein Mitglied des Unterausschusses zur Prüfung der Friedensfrage erklärte im „Petit Journal“, wie diese behandelt werden soll: Die Sozialisten-Partei macht sich die Formel der russischen Sozialisten zu eigen, „keine Anexionen, keine Kriegsentwässerungen“ und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Sie sieht als Kriegsentwässerungen nicht eine gerechte materielle Wiedergutmachung der Verwüstungen des Krieges an und ist der Ansicht, daß dies denjenigen aufzuerlegen ist, die die Verwüstungen angerichtet haben. — Was Gollat-Rothringen betrifft, so stimmt die Partei, trotz wiederholter Rundgebungen, die ebenso viele Bekätigungen des Reiches und des Willens der annektierten Gebiete sind, an

Ihrer ursprünglichen Nationalität zurückzuführen, zu, um laut die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker zu verkünden, der Welt ein erhabenes Beispiel zu geben und um endgültig den Streit zu schlichten, der schwer auf dem Leben Europas gelastet hat, und daß eine Befragung der Eltsch-Bohringer stattfinden soll. Für die letzten Abjah stimmten 5 Abgeordnete und 5 Stimmenten dagegen, die keine andere Lösung als die bedingungslose Rückkehr Eltsch-Bohringers zu Frankreich und die Befragung der Bevölkerung nur nach einer Wiedervereinigung der beiden Provinzen mit dem Mutterlande zulassen wollten.

Ueber Polen wurde in Uebereinstimmung mit dem Antrag der Alliierten und Sozialisten in London erklärt: Die polnische Frage muß in Uebereinstimmung mit dem Willen des polnischen Volkes gelöst werden und im Sinne der Autonomie oder völliger Unabhängigkeit und des Nord-Südens nach einem unabhängigen Polen. Im nördlichen Schleswig, den italienischen Gebieten Oesterreichs, Litauen und Finnland soll die Bevölkerung über ihre Verfassung befragt werden.

Man beachte, daß selbst über dieses reichlich unklare Programm keine Uebereinstimmung zu erzielen war, sondern die Meinungen sich gerade in der entscheidenden Eltsch-Bohringer Frage mit Stimmengleichheit gegenüberstanden. Zu einer Verständigung mit Deutschland sind die Vorschläge schon gar nicht geeignet. Denn die Franzosen verlangen natürlich, daß Deutschland alle Kriegsverwüstungen in Frankreich wieder gutmachen soll, auch das, was sie und ihre Verbündeten zerstört haben und was durch ihre japanische Kriegsverlängerung noch immer weiter zerstört wird.

Die Kriegslage.

RTS. Berlin, 21. Juni, abends.
Im Westen vorwiegend schwach, bei Saragossa und südlich von Navarra lebhaftere Geschäftstätigkeit. Sonst nichts Besonderes.

Wien, 21. Juni. (Amstsch.)

Östlicher Kriegsausplatz.

In einzelnen Abschnitten der galizisch-polnischen Front hat die feindliche Artillerietätigkeit bei Mitwirkung schwerer Kanonen häufig zugenommen. Auch die Flugtätigkeit war hier lebhafter.

Italienischer Kriegsausplatz.

Auf der Hauptfront der Sieben Gemeinden verlief der gestrige Tag ruhig. Die Kämpfe in diesem Gebiet brachten uns seit dem 18. Juni 16 Offiziere, 658 Mann und 7 Maschinengewehre ein. Im Col-Tricon-Gebiet erfolgreiche Handgranatankämpfe. Sturmabteilungen haben im Vorfeld der Salsogru-Stellung die Besetzung eines Sprengtrichters durch den Feind verhindert.

Auf der Karstfront wurden kleinere feindliche Unternehmungen abgewiesen.

Südlicher Kriegsausplatz.

Stellenweise Bandenkämpfe.

Frankreich und Belgien.

Französische Kriegsziele.

Die sozialdemokratische „Berliner Tagwacht“ berichtet über die jüngste Geheimnisung in der französischen Kammer, die bekanntlich u. a. auch die Erörterung der französischen Kriegsziele und die Forderung der russischen Regierung, diese für alle Verbündeten einer Ratifizierung zu unterziehen, zum Gegenstand hatte. Ribot hat in dieser Geheimnisung folgendes mitgeteilt: In einer Note, die Doumergue, der Kolonialminister im Kabinett Briand, im Januar dieses Jahres nach Petersburg gebracht hat, nachdem sie vorher zur Kenntnis der englischen Regierung gebracht worden war, seien die Kriegsziele der russischen Regierung mitgeteilt worden. Auf Grund dieser Note sei dann im Februar dieses Jahres ein geheimes Abkommen zwischen der russischen und der französischen Regierung abgeschlossen worden, in dem Frankreich folgende Zusicherungen erteilt wurden:

1. Frankreich erhält Eltsch-Bohringer zurück mit den Grenzen von 1790.
2. Frankreich erhält das Saargebiet.
3. Bezüglich der Rheinprovinz erhält Frankreich eine Art von Vorzugsrecht, wonach es über diejenigen Teile der Provinz, die es braucht, verfügen kann. Aus dem Rest der Provinz aber soll in irgend einer Form ein Pufferstaat gebildet werden.
4. Frankreich erhält Syrien.

Rußland.

Gegen die französischen Kriegsziele.

Nach der Zeitung „Iswestija“ protestierte eines der in Heljngfors befindlichen russischen Regimenter in einem Telegramm an den Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg gegen die chauvinistischen Kriegsziele der französischen Regierung und forderte den Rat auf, im Namen Rußlands und der russischen Armee zu antworten, daß Rußland niemals eine Union zugunsten der Amerikaner und Kriegserfüllungen unternehmen könne.

Verhängung des Kriegsrechts über die Stadt Lomsch.

Über die Stadt Lomsch wurde, nachdem von begnadigten Gefangenen, die unter die Waffen gerufen waren, und von Anarchisten zahlreiche Morde und Diebstähle verübt waren, das Kriegsrecht verhängt. Es verläutet, daß eine Besatzung im Gange war, die Banken und Geschäfte zu plündern und die Direktoren zu erwidern. Über 1500 begnadigte und 800 andere Personen wurden verhaftet. Es wurde Widerstand geleistet, wobei etwa 20 Personen getötet und eine Anzahl verwundet wurden.

Wiedereinberufung der russischen Reserven.

Kriegsminister Serecki befahl, daß alle eingezogenen Reservisten, die während der Landarbeiten beschäftigt waren, wieder einrücken.

England.

Der englische Arbeiterpartei der Berner für die Fortsetzung des Krieges.

Berner, ein dem Kriegskabinett angehörendes Mitglied der Arbeiterpartei legte in Cambridge das Verbot auf den Sieg der Alliierten u. a.: Wir befinden uns jetzt in einer besonders wichtigen Zeit des Weltkrieges.

Die Völker sind müde der Ströme Blut und suchen einen Ausweg. Der Krieg warf in tausende Herzen einen Schatten. Die Zivilbevölkerung ist gezwungen, jeden Nerv gegen die Knappheit anzuspannen und wegen der Knappheit des zum Leben Notwendigen viele Entbehrungen zu ertragen. Dies gilt in erster Linie von den Mittelmächten, die auf ihre eigenen, dahinschwundenden Hilfsquellen angewiesen sind. Bemerkenswert ist, daß zwar von deutschen Sozialisten und Publizisten sehr viel von Kriegszielen und möglichen Verhandlungen geredet wird, daß aber die deutsche Regierung nicht sagte, was sie daran hindern könnte, was in Friedenszusammenkünften oder irgendwelchen Verhandlungen von ihren Agenten getan ist. Das ist die wahre Gefahr der gegenwärtigen Lage. Das Höchste, das gegenwärtig von der deutschen Regierung zu erreichen ist, würde die Rückkehr zum Status quo ante sein, und das ist unmöglich. Wir kämpfen nicht gegen das deutsche Volk, sondern für die Befreiung aller Völker. Wir wissen nicht, wann der endliche Zusammenbruch kommt, wir wissen nur, daß er kommen muß, ganz gleich, wie lange die schwere Zeit des Wartens noch vor uns liegt.

Gegen die englischen Seelente.

Der in London abgehaltene Kongreß der Eisenbahner nahm einstimmig eine Entschlieung an, die das Vorgehen des nationalen Vereins der Seelente und Heizer, durch das MacDonald und Jowett verhindert wurden, nach Petersburg zu reisen, bedauert, weil dadurch die persönliche Freiheit eingeschränkt werde.

Italien.

Eine ministerielle Erklärung.

In der italienischen Kammer verlas Ministerpräsident Boselli eine ministerielle Erklärung, in der es heißt: Das aus der patriotischen Vereinigung der Parteien hervorgegangene und vom Parlament durch wiederholte und bedeutame Vertrauensvotungen unterstützte Ministerium stellt sich abermals mit einem gemeinschaftlichen Programm von Ideen und Handlungen vor, die sämtlich nach dem höchsten Ziele der größten vaterländischen Unternehmung gerichtet sind. Unsere Eintracht wird gewollt vom Lande, das immer bewunderungswürdiger ist durch seinen Widerstand und seine hürgeischen Werke, durch die tapferen Kämpfer und durch den Ernst dieser fürchtbaren Stunden der Weltgeschichte, deren neue Seiten unaufhörlich wechseln von der russischen Revolution und Umwälzung bis zu dem Aufschwung von Teilnahme und Gemeinschaftlichkeit für die Sache der Alliierten, der die größte Demokratie der Welt in Bewegung setzte und so laut aus den Waischaften des Präsidenten Wilson sprach.

Ministerpräsident Boselli berichtete sodann von den Aenderungen im Kabinett. Er sagte: Das Kriegsministerium weiß alle seine Bestrebungen den großen Aufgaben der gegenwärtigen Stunde, und das Ministerium wird den Kampf gegen die Unterseebootmacht verstärken. Ein Minister wird eine Propaganda leiten, die einen Verrat an der geheiligten Sache des Vaterlandes verhindern soll, der darauf abzielt, die Loyalität des Heeres und Volkes zu schwächen.

Das wäre keine italienische Regierung, die nicht fühlte, daß ihre erste Aufgabe darin besteht, jeden Anschlag auf die Kraft des Krieges und die Rechte des freien Vaterlandes zu unterdrücken.

Ministerpräsident Boselli sagte ferner: Ohne Sieg kann keine Klasse, besonders nicht das Proletariat auf ein glückliches Dasein hoffen. Alle erziehen, erhoffen und jegen den Frieden. Diejenigen aber, die den Frieden ohne Sieg wünschen würden und ohne die vollkommene nationale Befreiung, würden einen unmöglichen Frieden wünschen und einen neuen schrecklichen Krieg vorbereiten. Wenn Friedensströmungen in Italien bestehen sollten, so würde die Regierung sich unerbittlich gegen sie wenden. Die Regierung wird unverzüglich alles Notwendige zur Organisation der Disziplin im bürgerlichen Leben und zur Sicherung des inneren Friedens vorschlagen. Das Kabinett will keine Reaktion. Es wird jedem sozialen Freiheit lassen als dies mit der Kriegsdiziplin vereinbar ist. Ministerpräsident Boselli forderte eine ausführliche Erörterung über die ministerielle Erklärung. Am Schluß des Ministeriums sei wenig gelesenen. Worauf es entomme, das sei der Sieg Italiens und der Triumph der Zivilisation in der Welt.

Zu Beginn der Kammer Sitzung entbot der Kammerpräsident dem Präsidenten Wilson und dem Heere sowie der Marine den Gruß der Kammer. Darauf verlas Ministerpräsident Boselli die ministerielle Erklärung; an diese schloß sich eine Rede des neuen Kriegsministers — in der dieser Italien mit einem stolzen, prachvollen, kraftvollen Lob, der seine mächtigen Franken in das lebendige Fleisch des Feindes gebahrt habe, verglich — und eine Rede des Ministers des Aeußern, Sonnino, über die Kriegsziele Italiens. Letzterer führte u. a. aus: Die Verbündeten bemühen sich, ihre Einigkeit in ihrem politischen und militärischen Handeln aufrechtzuerhalten. Man versuchte unlängst, die grundlegenden Begriffe des zukünftigen Friedens in eine kurze Formel zusammenzufassen. Aber die allgemeine Lage ist so verwickelt, daß keine Formel dieser Art allen Forderungen genügen kann. Die russische Formel: „Weder Anzertionen noch Kriegserfüllungen“, rein negativ wie sie ist, könnte leicht eine zweideutige Festsetzung der geschehenen Gewalttaten hervorrufen, wenn man sie von den Grundvorstellungen der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und den Sicherheiten trennt, welche für die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit unerlässlich sind. Wir wollen keine Eroberungen und wir haben keine imperialistischen Ziele; aber wenn der Friede dauerhaft sein soll, so ist es notwendig, daß wir an unserer nationalen Grenzen in Sicherheit sind. Einigkeit und Unabhängigkeit unserer Nation gemäß des freien Volkswillens, das ist unser Programm. Die Verlängerung des Krieges macht die allgemeinen Lebensbedingungen immer noch schwieriger. Wir fordern das italienische Volk auf, in seinen Anstrengungen zu verharrten. Nachdem die Sitzung unterbrochen worden war, um den Ministern zu erwidern, sich in den Senat zu begeben, beauftragte die Kammer, in namentlicher Abstimmung mit 297 gegen 45 Stimmen, in einer Geheimnisung die Regierungserklärungen zu erwidern.

Mit solchen Drohungen, wie sie Boselli ausgesprochen hat, schafft man die Friedensströmung nicht aus der Welt.

Der Balkankrieg.

Die Entente in Griechenland.

Konstantinopel meldet aus Saloniki: Ganz Thessalien ist jetzt von den Ententetruppen besetzt. Die Expedition hat ihr Ziel jetzt vollständig erreicht. Der Serim einer Anzahl griechischer Offiziere, die die Arbeit des im Peloponnes internierten Heeres bei der Bildung einer Entente-Sonberregierung zu sichern, ist mißglückt.

ber Regierung zu sichern, ist mißglückt.

Gegen die der Entente mitleidigen Personen wird durch Ausweisungen und Beaufschichtigungen vorgegangen. 30 Personen sind ausgewiesen und 103 unter Aufsicht gestellt worden. Letztere werden an Orte gebracht, wo es ihnen unmöglich gemacht wird, zu entfliehen. So „arbeitet“ die Entente „im Interesse Griechenlands“!

Der Seekrieg.

Deutscher Unterseebootangriff auf die italienische Fregatte Bengasi an der nordafrikanischen Küste.

WTB. Berlin, 21. Juni. (Amstsch.) Am 30. Mai wurde von einem unserer Unterseeboote die italienische Fregatte Bengasi an der nordafrikanischen Küste mit 40 Granaten beschossen. In erster Linie wurden die Hafenanlagen und die funken Telegraphische Station mit sichtbarem Erfolg unter Feuer genommen. Nach längerer Zeit nach der Beschießung wurde ein starker Brand in der Stadt beobachtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Ausschreitungen in Genf.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt an der Spitze ihrer Nummer vom Donnerstag folgende halbamtliche Auslassung:

Nach einem hier eingetroffenen halbamtlichen Bericht über die Ausschreitungen in Genf hat dort eine auf mehrere tausend Personen geschätzte Menge zunächst vor dem Hotel Beauvigo mit deutschfeindlichen Rufen demonstriert und ist alsdann vor das Kaiserliche Generalkonsulat gezogen, wo sie dreiwertel Stunden lang geläutet hat. Mehrere Fensterstößen im Konsulatsgebäude wurden durch Steinwürfe zertrümmert. Das Wappenschild wurde heruntergerissen, aber von einem Polizisten dem Täter wieder abgenommen. Der letztere ist verhaftet worden.

Der kaiserliche Vertreter in Bern hat auf die ihm aus Genf gemachte Meldung über diese Ausschreitungen den Vorfall sofort bei dem politischen Departement zur Sprache gebracht. Ein amtlicher Bericht lag damals dort noch nicht vor. In der Annahme, daß der Vorfall sich der Meldung entsprechend zugezogen hat, hat das politische Departement sein Bedauern ausgesprochen. Weitere Schritte sind vorbehalten.

Die Angelegenheit Hoffmann.

Die „Fürcher Post“ meldet aus Genf: Die „Tribune de Geneve“ und andere Blätter fordern den Rücktritt des gesamten Bundesrats und des Generals Wille sowie eine Nachprüfung der Stellung des Generalstabschefs Sprecher, dessen Aeußerungen und Verhalten nach den Wählern die Schweiz kompromittiert hätten. Die Tessiner Zeitungen fordern, daß der Bundesrat Hoffmann unter Anklage gestellt wird und der Generalstabschef zurücktritt.

Schweizerische Blätter berichten: Der Bundesrat beschließt, die ernstesten Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Kundgebungen infolge der Angelegenheit Hoffmann zu verhindern. Die Genfer und Tessiner Staatsbehörden wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß es ihre Pflicht sei, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Wiederholung solcher neutralitätswidrigen Demonstrationen zu vereiteln. Der Bundesrat behält sich ein eigenmächtiges Eingreifen bis zur Erledigung des Zwischenfalles vor. Wie die Berner Blätter berichten, fand in Lugano eine von vielen Tausenden besuchte Volksversammlung wegen der Angelegenheit Hoffmann statt, an der auch der Stadtrat von Lugano offiziell teilnahm. Gegen den Bundesrat wurden heftige Angriffe vorgebracht. In verschiedenen Orten von Tessin kam es neuerdings zu Demonstrationen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bereinheitlichung des Gesundheitswesens.

Im „Berliner Tageblatt“ tritt Professor Dr. med. A. Grothahn für ein Ministerium für Volksgesundheit und soziale Fürsorge ein, wie ein solches in Oesterreich jetzt geschaffen wird. Jetzt ruhe in Deutschland der Schwerpunkt des Medizinalwesens bei den einzelnen Bundesstaaten; im Reich zeige sich aber auf dem Gebiete des Gesundheitswesens ein Mangel an Einheitlichkeit, der nach Abhilfe schreie. So könnten das Reichsgesundheitsamt, das Reichsversicherungsamt, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, das Aufsichtsamts für Privatversicherung, das Bundesamt für das Heimatwesen und das Reichskommissariat für das Auswanderungswesen zu einem besonderen Reichs-Staatssekretariat für Gesundheitspflege und soziales Versicherungswesen zusammengefaßt werden. Einige dieser Ämter könnten, wie die im Reich verfehlte Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, bei dieser Gelegenheit ganz verschwinden, während andere, wie etwa das Bundesamt für Heimatwesen, durch Angliederung der Siedelungsgeschäfte zu erweitern würden. Den größten Nutzen von dem neuen Staatssekretariate würden das Reichsgesundheitsamt und Reichsversicherungsamt haben.

„Kölnische Volkszeitung“ und Arme.

Abg. Genosse Meerfeld-Köln hat an den Reichstanzler folgende Anfrage gerichtet:

Bei einer an der Westfront stehenden Batterie, die ich näher zu bezeichnen bereit bin, haben die Unteroffiziere sämtliche Mannschaften um sich versammelt, ihnen einen anexionistischen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ vorgelesen und sie zu bewegen versucht, eine vorgedruckte Erklärung zugunsten eines sogenannten Hindenburgfriedens zu unterschreiben.

Was gedenkt der Herr Reichstanzler gegen einen solchen Mißbrauch der Dienstgewalt zu tun? Schriftliche Antwort genügt mir.

Dänemark.

Die konservative Seite gegen Stanning hat nun ihren Höhepunkt erreicht. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, teilte die konservative Volkspartei des Reichstages dem Ministerpräsidenten Jørgen mit, daß die Partei ihren Vertreter im Kabinett, den Minister ohne Portefeuille, Koitboell, aufgefördert hat, sein Entlassungsgesuch einzureichen, da die Partei eine Verantwortung dafür, im Kabinett vertreten zu sein, nicht übernehmen könne, solange Stanning Mitglied derselben sei.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten. Der amtliche Kriegsbericht.

Freitag, 22. Juni.

Die Sommerjonneneinde in der verflochtenen Nacht war von stich, Donner und Regen begleitet. Die drückende Hitze der letzten Zeit hat heute einer frischeren, kühleren Temperatur weichen müssen und der Regen, der namentlich nach dem zweiten Gewitter gegen 5 Uhr morgens reichlicher strömte, erquickte Feld und Wald. Es ist zu erwarten, daß die Zeit der Dürre jetzt beendet ist.

Bei der Sommerjonneneinde wendet sich die Sonne auf ihrem scheinbaren Wege tatsächlich um; die Erde, die sich bisher von der Sonne entfernt hatte, hat ihren größten Abstand erreicht und beginnt, sich ihr wieder zu nähern. Ihre Geschwindigkeit sinkt um diese Zeit auf das geringste Maß herunter, und das gleiche gilt von der scheinbaren Bewegung der Sonne, wogegen die früheren Astronomen das übertreibende Wort Stillstand wählten. Der Tag des Sommeranfangs besteht aus dem längsten eigentlichen Tage und der kürzesten Nacht; gleichzeitig mit dem Längerwerden der Tage hat der Bogen, den die Sonne am Himmel täglich beschreift, eine immer größere Ausdehnung gewonnen: ihr Anfangspunkt ist vom Ostpunkte, ebenso ihr Untergangspunkt vom Westpunkte nach Norden verschoben, und um die Mittagshöhe ist sie immer höher am Himmel in die Höhe gestiegen; die Winkel, mit denen die Astronomen die Höhe wie die seitliche Abweichung von dem Ost- und dem Westpunkte bestimmen, erreichen mit dem Tage der Sommerjonneneinde ihren höchsten Wert: 23 1/2 Grad höher als beim Frühjahrsbeginn, 47 Grad höher als am Tage der Winterjonneneinde. Daß während der Zeit der Sommerjonneneinde und der größten Erwärmung die Erde am weitesten von der Sonne entfernt ist, klingt zunächst widerspruchsvoll. Jedoch steht die Erdoberfläche zur Erdbahn nicht senkrecht, sondern geneigt, und der Einfluß, den dieser Neigungswinkel auf die Erwärmung hat, ist größer als der des Abstandes auf sie. All dieses gilt für die nördliche Halbkugel allein; auf der südlichen Halbkugel ist es etwa umgekehrt. Der Tag der Sommerjonneneinde hat keine feste Lage im Kalender: er schwankt innerhalb eines kleinen Spielraumes. Dies erklärt sich aus unserer Kalenderrechnung: das Jahr hat beinahe sechs Stunden mehr als 365 Kalendertage und der Schalttag, der jedes vierte Jahr nach dem 28. Februar eingeschoben wird, bewirkt eine Verschiebung auch des Tages der Sommerjonneneinde um 18 Stunden rückwärts, während dieser Tag in den folgenden Gemeinjahren wieder vorrückt.

Gegen den Schleichhandel wendet sich eine Verordnung des stellvertretenden kommandierenden Generals vom IX. Armeekorps, in der es heißt: Immer dringender und vielfacher wird darüber Beschwerde geführt, daß eine Anzahl von Händlern aus den Städten, insbesondere aus den Großstädten, auf dem Lande und in kleineren Städten unter Umgehung der Höchstpreise und Verkehrsbeschränkungen alle erreichbaren Lebensmittel, wie Kartoffeln, Butter, Eier, Erbsen und Brot zu jedem Preise aufkaufen und nach den größeren Städten schaffen.

Die Verkäufer werden hiermit ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich strafbar machen, wenn sie höhere Preise fordern oder nehmen, als nach den festgesetzten Höchstpreisen zulässig ist.

Um dem Umwejen entgegenzutreten, bestimme ich auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

Die von Händlern oder deren Aufkäufern unter Umgehung der Höchstpreise oder Verkehrsbeschränkungen aufgekauften Lebensmittel unterliegen einschließlicher ihrer Verpackung oder Umhüllung der polizeilichen Beschlagnahme.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Monat Mai 1917. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): es betrug die Zahl der Eheschließungen 49 (32), Geburten 112 (112) Sterbefälle 210 (148). Die Eheschließungen nahmen gegen das Vorjahr um 17 und die Sterbefälle um 62 zu, während die Zahl der Geburten unverändert blieb, es ergab sich also ein Verlust von 98 (36) Köpfen. Unter den Geborenen waren 13 oder 11,6 Proz. (12 oder 10,9 Proz.) u n e h e l i c h und 4 oder 1,9 Proz. (2 oder 1,0 Proz.) t o t. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 24 (21) Fällen auf unter 1 Jahr und in 37 (38) Fällen auf über 70 Jahre. Todesursache war in 39 Fällen Tuberkulose, in 27 Fällen Lungenentzündung, Influenza und Krankheiten der Atmungsorgane, in 24 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 13 Fällen Krebs und in 12 Fällen Altersschwäche. Unter den Krankheiten erlagen 10 Personen; davon starben 7 an Diphtherie, 2 an Masern und 1 an Keuchhusten. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 111 gemeldet. 63 mal Diphtherie, 32 mal Masern, 14 mal Scharlach und je 1 mal Malaria und Pocken. Gewalttätigen Todes endeten 16 Personen und zwar 5 durch Selbstmord, 7 durch Verunfallung und 4 infolge Kriegsverletzung. Unter den Gestorbenen waren 17 Kriegsteilnehmer und 6 Kriegsgefangene.

Eine Ablösung an der Scarpe. Vom Genossen S. B., einem ehemaligen eifrigen Mitglied der Lübecker freien Arbeiterjugend, jetzt als Feldweibel im Felde, dem wir schon manche anschauliche und fesselnde Schilderung seiner Erlebnisse verdanken, erhalten wir diesen Feldpostbrief:

Weit hinten lagen wir irgendwo in Gruppenreife. Daß wir heute eine Division in vorderster Stellung an der Scarpe abgeben sollten, wußten wir schon seit einigen Tagen. Zunächst war es der Anmarsch, der uns Stoff zu Unterhaltungen gab. Denn, mit einem so ziemlich 20 Kilometer, war er eigentlich ein hübscher Lauf für eine Truppe, die zum größten Teil aus jungen Kriegserfahrenen Leuten besteht. Aber wie es immer schon gewesen ist in diesem Kriege, wenn das eiserne Maß es verlangt: es ist auch diesmal gegangen.

Am Spätnachmittag marschierten wir ab. Raum waren wir eine halbe Stunde unterwegs, als ein mächtiges Gewitter heraufzog. Der gleichzeitig einsetzende Regen sorgte schon dafür, daß wir bald keinen trockenen Faden mehr am Leibe trugen. Doch wir trösteten uns damit, daß die Sonne doch wahrscheinlich noch wieder durchkommen würde, denn dann wären wir ja leicht wieder trocken geworden. Aber unsere Hoffnung war verfrüht gewesen. Es regnete in einem fort. Wir fanden uns, so gut es ging, mit dieser Latsche ab. In einem kleinen Städtchen, so ungefähr bei der Hälfte des Anmarsches, machten wir für einige Stunden Rast. Zunächst sollten wir hier die Dunkelheit abwarten, und dann erwarteten uns hier auch die Führer, die uns den Weg in die Stellung zeigen sollten. So halbwegs gegen Mitternacht brachen wir auf. Der Regen hatte inzwischen aufgehört. Von der Hitze des Tages war wenig mehr zu verspüren. Kein Wunder, daß uns in unsern nassen Kleidern anfangs mächtig fro. Aber beim Marschieren wurden wir bald wieder warm. Der Weg führte immer an der Scarpe entlang. Und obgleich wir uns der Stelle näherten, wo ursprünglich tausende ihr Leben verloren, wo auch wir töten sollten oder selbst getötet werden konnten, vermochte ich es doch, alle die herrlichen Naturbilder, an denen wir langsam vorüberzogen, recht tief in mich aufzunehmen. Allerdings, in der Dämmerung sah ich weniger, sondern fühlte mehr das junge üppige Frühlingsgrün, das uns hier überall umgab. Die einzelnen Häuser, die verstreut im Wege lagen, und die wenigen Ortschaften, an denen wir vorbeikamen, waren mit der ganzen Pracht des Frühlings umhüllt. Und trotz des immer härter werdenden Artilleriekampfes hörte ich deutlich, wie die hohen Kuppeln am Kanal rauschten, gleichsam, als erzählten sie sich von längst vergangenen Zeiten, als noch Friede zwischen den Menschen war. Aus meiner Naturbetrachtung wurde ich unmerklich herausgerissen, als auf der rechten Seite Kanals schwere englische Granaten explodierten. Sie schienen

WIV. Großes Hauptquartier, 22. Juni. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Von 9 Uhr bis 11 Uhr abends und nachts in einigen Abschnitten sehr reger Feuerstätigkeit. Englische Vorposten nordwestlich von Wanelon und östlich Hauptlines wurden zurückgewiesen.

Zwischen La-Bassec-Kanal und Senje-Bach war zeitweilig das Feuer lebhaft. Ein Angriff der Engländer, der gestern morgen südwestlich von Lens einsetzte, scheiterte verlustreich im Feuer.

Seeeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Mit großer Hartnäckigkeit suchten die Franzosen die bei Baugailon verlorenen Stellungen zurückzuerobern. Gestern vormittag griffen sie nach starkem Feuer viermal unter Einsatz frischer Kräfte an. Nach jähem Nahkampfe verdrängten sie unsere Truppen aus einem Teil der Gräben nordöstlich von Baugailon. Die weiter südlich eingeleiteten Angriffe hatten keinen Erfolg. Der Feind erlitt hier durch unsere Abwehr hohe Verluste.

Kege Kampfstärke herrschte in der westlichen Champagne. Morgens griffen die Franzosen im Sattel östlich des Cornillet an und drangen in unsere Linie ein. Gegenstöße verhinderten sie, den erzwungenen Vorteil auszubauen. Abends brachen unsere Sturmtruppen nordöstlich von Prunay und südwestlich von Nauron in die französischen Gräben ein und holten 30 Gefangene und Beutestücke zurück.

Am Röhberg, südöstlich von Moronvillers, gelang ein sorgsam vorbereiteter Angriff im vollen Umfange. Teile von thüringischen und altenburgischen Regimentern nahmen nach kurzem Feuerüberfall die feindliche Stellung in 400 Meter Breite. Über 100 Gefangene wurden eingebracht.

Während der Nacht setzte der Gegner zu sieben heftigen Angriffen an, die ihm nur wenig Gewinn brachten.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Keine besonderen Ereignisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Wieder war bei Smorgon, westlich von Luck, an der Bahn Iloczow-Tarnopol und an der Raczowia die Gefechtsstätigkeit lebhaft.

Mazedonischen Front

In der Struma-Ebene Postengeplänkel. Der Erste Generalquartiermeister: Sudendorff.

keinen Schaden anzurichten. Aber unwillkürlich beschleunigten wir unsere Schritte, als wir in die Höhe der Einschlagstellen kamen. Bald hatten wir eine Stelle erreicht, wo befehlsmäßig Handgranaten und Munition an uns ausgegeben werden sollten. Nach einigem Hin und Her ist die Ausgabe der Nahkampfmittel beendet.

„Meldung, wenn alle Gruppen in Ordnung sind!“
„Alle in Ordnung! Nur die M.-G. und die Granatenwerfer fehlen.“

„Berlust!“
Wir warten und warten. Die Ablösungszeit wird immer ungünstiger. Da endlich:

„M.-G. zur Stelle! Granatenwerfer laden in... aus.“
Ich lasse die Kompanie in Reihen zu zweien marschieren, um das Ausweichen im feindlichen Feuer beschleunigen zu können. Die englische Artillerie feuert außerordentlich lebhaft. Von unseren Geschützen schreien nur einige Feldbatterien. Alle Aufmerksamkeit ist von jetzt ab auf den Weg gerichtet, der hier schon überall Spuren der feindlichen Beschießung trägt. Rechts und links bersten die englischen Granaten. Da beginnen mir plötzlich die Augen zu tränen und wehzutun. Das zu bemerken und nach hinten zu rufen: „Gasmasken fertig zum Aufsetzen!“ ist eins. Die Gase verschleichen sich schnell. Der Ablösungsweg wird schwieriger. Jetzt geht's in Reihen zu einem. Vor uns tauchen gespensthaft hinter Bäumen große, dunkle Ruinen auf. Ich frage die Führer, was das für ein Ort gemeint sei. Sie nennen mir einen Namen. Ich weiß genug. Ein kurzer Befehl nach hinten durch: „Von jetzt ab dich aufgeben! Schritte beschleunigen!“

Über Schutthäufen und zusammengefallene Häuser geht's hinweg. Feindliche schwere Granaten schlagen hart neben uns ein. Rufe von hinten: „Borne verhalten! Die Verbindung ist abgerissen!“

Grimmig und kurz von anderen die Antwort: „Ach was, ausgeblieben! Nachher wird verhalten!“

Jetzt macht sich wieder das vertauselte Gas bemerkbar. Mit der Maske vor dem Gesicht können wir in der Dunkelheit so gut wie nichts sehen. Eintrige tarfeln hin und her, andere kürzen. Gestrichelt wird wie noch nie. Aber noch immer sind wir an dreier gefährlichen Stelle. Jetzt verperzt auch noch ein riesiger Baumstamm den Weg.

Herunter mit den Gasmasken!
So, ein hübscher besser geht's nun doch. Es dauerte noch einen Augenblick, dann hatten wir diese eckige Gasse hinter uns. Bald darauf setzten wir auf das andere Ufer über. Hier war der Weg noch schmaler als auf der anderen Seite. Außerdem war dieser schmale Wald von dem heftigen Regen so aufgeweicht und glitschig geworden, daß es ein Kunststück war, sich gerade zu halten.

Wenn bloß keiner in den Kanal fällt! Von vorne kam der Kompanie ein Mann entgegen und meldet: „Der Anmarschweg wird mit Gas beschossen!“ Doch wir hatten unsere Masken schon längst auf. Aus dem Vorgehen wird jetzt ein langsames Vorwärts. Ich schaue mich um und sah, daß nur noch eine Gruppe hinter mir ist. Die Verbindung war wieder abgerissen. Nach vielen Bemühungen wurde sie endlich wieder hergestellt.

„Die M.-G. können nicht mitkommen!“ Es muß Rücksicht auf sie genommen werden. Nun steigen uns wieder die Führer weg.

„Die Führer verhalten! Ganz halten! Die Kompanie kann nicht mitkommen!“

Mit einem Male scheint es, als sei links von uns ein Angewitter hereinbrochen. Wohl ein Duzend englischer Batterien feuerten wie besessen auf den Abschnitt. Auf unserer Seite kitzeln Stigale hoch. Unsere Geschütze begannen Sperrfeuer zu schießen. Glühenderweise blieben wir unbehelligt. Aber schreien müssen wir aus Leibeskräften, um uns zu verständigen. Ein paar hundert Meter noch, dann lagen wir in der vordersten Linie. Die Ablösung konnte beginnen. Langsam, ganz langsam geht das vor sich. Ein: Trümpferbelohnung nach der anderen wurde abgelöst.

Was uns bevorsteht, wissen wir nicht. Die eine Genehmigung haben wir allerdings: Wir sind ohne Verluste in die Stellung gekommen. Und das ist eine Seltenheit.

Die Leberträge der Kriegs-Brodensammlung beginnen am Sonntagabend, dem 23. Juni, und werden am Dienstag, dem 26. Juni, schließen. Der Wirtschaftsausschuß der Kriegs-Brodensammlung ersucht uns, die Einwohnerhaft der Stadt und der Vorstädte zu bitten, ihre Mittelverhältnisse für die Sammelwoche bereit zu halten. Zweibrienen und altes Schuhwerk dürfen nicht gefahrnet werden. Die Sammelarbeit ist wie folgt eingeteilt: Es wird gesammelt am Sonntagabend, dem 23. Juni, nur in der Vorstadt St. Lorenz; am Montag, dem 25. Juni, nur in den Vorstädten St. Jürgen und St. Gertraud; am Dienstag, dem 26. Juni, nur in der inneren Stadt. Sammelzeit von nachmittags 3 bis abends 7 Uhr. Die Sammelarbeit wird von unseren Schulen geleitet, deren hübschfreudige Lehrerschaft sich mit einer großen Anzahl von Schülern ganz in den Dienst der für unsere Kriegswirtschaft wichtigen Sache stellte. Die Sammler werden in allen

Haushaltungen Nachfrage halten. Wir bitten, sie freundlich annehmen zu wollen und die vorgefundenen Mittelverhältnisse schon vorher zur Abholung bereitzuhalten. Da das Ergebnis der Sammlung ausschließlich für Kriegswirtschaftszwecke bestimmt ist, wolle man mit einer Vergütung für das abgegebene Material nicht rechnen. Das Sammelgut muß der Reichsbesoldungsstelle zugeführt werden.

Die Lübecker Transportversicherungs-Aktiengesellschaft Lübeck, deren Gründung wir vor einiger Zeit mitteilen konnten, ist am 20. Juni in das hiesige Handelsregister eingetragen worden. Es heißt dort: Gegenstand des Unternehmens: Die Versicherung gegen jede Art der See-, Fluß-, Kanalar-, Hafen- und Landtransportgefahr sowie Gewährung von Rückversicherungen jeder Art. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, sich an anderen Versicherungsunternehmen zu beteiligen. Grundkapital: 2.000.000 Mk., verteilt über 2000 auf Namen lautende Aktien von 1000 Mk. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Kurse von 105 %. Vorstand: W. A. Reinhold in Hamburg, und P. W. Legimeyer in Lübeck. Jeder von ihnen kann die Gesellschaft allein vertreten. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. Juni 1917 festgestellt. Der Vorstand besteht nach Bestimmung des Aufsichtsrats aus einer oder mehreren Personen. Sind mehrere Vorstandsmitglieder vorhanden, so ist der Aufsichtsrat ermächtigt, einzelnen von ihnen die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft allein oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen zu vertreten. Die Gründer der Gesellschaft sind: Dimpler u. Sommer, Johs. Schwaabroch, Aug. Herjen, Dr. Erich Wallroth, Ernst Boie, Stanz- und Emailwerke, vorm. Carl Thiel u. Söhne, Dr. jur. Kurt Bernheym, Max Jenne, Heinz Borgwaldt, Jost Hint. Javemann u. Sohn, Daniel Emanuel Wilhelm Eschenburg, H. u. J. Brüggens, Konrad P. A. Mann, Legimeyer u. Co., Adolf Grassi, Wilh. Schöbau, Paul Lohrmann, Otto Lohrmann, Larsen u. Stoch, Charles Peitt u. Co., Rudolph Köhn, Konrad Eils Holmberg, Fräulein Marie Luise Legimeyer, Frau Anna Legimeyer, Pastor Georg Legimeyer, Senator Dr. Bernheym, H. J. Schulz, Deede u. Boldemann, Hans Reuter, Jwan Meyer, Direktor Wilhelm Dödel, Carl G. D. Lüders, Johs. Boye, J. A. Sudau, Julius Harms, Johs. Burmeister u. Sohn, Oskar u. Jürgen, Hermann Schütt, Eduard Behn, Frau Emma Reud. Bertram u. Graf, H. F. Vertling, W. Kohrs, Heinrich Diestel, Hofschwarz Lübeck Aktiengesellschaft, L. Poschl u. Co. mit beschränkter Haftung, sämtlich in Lübeck. Wilh. J. A. Peters, Hamburg, Ernst Stannau, Al. Strömendorf, Carl Herzog, Hemelingen, G. Legimeyer, Mannheim, Alfred Schumann, Hamburg, Wago Rom, Hamburg, Gerhard Schipper, Bremen, Max Halbborg, Kapitän, Stockholm, Korvettenkapitän Legimeyer, Kiel, Generaldirektor Dr. M. Neumann, Herrenhof, Rudolf Heinemann, Hamburg, W. Traber u. Co., Hamburg, Conrad Hinrich Donner, Hamburg, Wilhelm Reinhold, Hamburg, Norddeutsche Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg. Diese haben sämtliche Aktien übernommen. Den Aufsichtsrat bilden: Konrad Carl Dimpler, Johannes Schwaabroch, Dr. Moritz Neumann, Syndikus Dr. Wallroth, Rechtsanwalt Dr. Kurt Bernheym, Johannes Wilhelm Dunder, Hans Wilhelm Julius Peters. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingehenden Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisoren kann bei dem Gericht Einsicht genommen werden. Der Prüfungsbericht der Revisoren kann auch bei der Handelskammer eingesehen werden.

Stadthallen-Sommertheater. Heute, Freitag, wird das mit großem Erfolg über alle deutschen Bühnen gelaufene Lustspiel „Die beiden Seehunde“ zur Aufführung gelangen. Die Darstellung der beiden Titelrollen liegt in den Händen von Willy Schweisguth und Harald Baumgarten. Außerdem sind noch in hervorragender Rollen besetzt die Damen: Fern und Trabe, die Herren: Steinmann, Wiegner, Schardt, Steinhofer, Rauls und Deutschländer. — Das Stück schildert in überaus launiger und humoristischer Weise das Leben eines kleinstädtischen Hofes und es ist zu erwarten, daß dem Lustigen und doch so gemütlichen Werk der Erfolg auch hier nicht verjagt sein wird.

Sausa-Theater. Man schreibt uns aus dem Theaterbureau: Der Spielplan des Sausa-Theaters ist sehr abwechslungsreich. Außer „Sherlock Holmes“, welches Stück jetzt zur Aufführung gelangt, wird am Sonntag, abends 8 Uhr, „Der tolle Hahnen“, eine Bearbeitung des gleichnamigen Romans von Courtes-Wahlers, in Szene gehen. Nachmittags wird „Sherlock Holmes“ zu kleinen Breiten wiederholt. In Vorbereitung befindet sich das beliebte Schauspiel „Alte-Heideberg“, sowie „Die Ehe des Herrn Zerbrügel“.

Nahenburg. Eine Schichtarbeiterin wurde hier in der Person eines 20-jährigen Mädchens aus Lübeck festgenommen. Sie hatte zum Schein bei einer hiesigen Familie Stellung als Stütze genommen, ließ sich jedoch in ihrer Stellung nicht sehen, verübte in der Stadt, sich als Tochter eines Fabrikbesitzers ausgebend, allerlei Schwindeltaten und in mehreren Fällen Beschuldigungen. In einigen Geschäften gelang es ihr auch, unter schwindelhaften Angaben Waren zu erlangen. Sie wurde festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt.

Wandbesel. Ein Großfeuer brach Donnerstag in der Maschinenfabrik von Meins & Co., die sich in der Quarzstraße befindet, aus, dem das 26 Meter lange Fabrikgebäude zum Opfer fiel. Im Dachgeschoss, wo Modelle untergebracht sind, entstand das Feuer. Es fand dort reichliche Nahrung und breitete sich schnell über das zweite Geschoss, wo sich die Tischlerei befindet, und über das Erdgeschoss aus, in dem die Schlosserei liegt. Der entstandene Schaden kann noch nicht festgestellt werden. Der Betrieb der Fabrik wird aufrechterhalten.

Altona. 50000 Mark Geldstrafe. Wegen Vergehens gegen das Kriegswirtschaftsgesetz wurde, wie Wolffs Bureau mitteilt, der Fabrikant Wilhelm Ehlers, in Firma C. L. Garmann, von der Strafkammer des Altonaer Landgerichts zu 50000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ehlers hat in einem Falle größere Quantitäten Mandeln zu einem hohen Preise verkauft und dafür Kaffeebohnen angekauft, um Säckelade zu verbessern. Da er in Unkenntnis gebandelt hat, wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 21. Juni. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean wurden neuerdings eine Reihe feindlicher Handelschiffe mit wertvoller Ladung durch unsere U-Boote vernichtet.

Unter den vernichteten Dampfern befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Drumcliffe“ (4072 Tonnen) mit Kriegsmaterial nach Kehl, „Panthena“ (3160 Tonnen) mit Sauer und „Caneh“ (3247 Tonnen) mit Südgut.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Petersburg, 21. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute traten die Eisenbahner des ersten Abschnittes der Nikolajebahn, die Petersburg und Moskau verbindet, in den Ausstand, ohne die Ergebnisse der Arbeiten des Schlichtungsausschusses abzuwarten. Die vorläufige Regierung veranlasste aus diesem Anlaß einen Aufruf an die Bevölkerung der Hauptstadt, in dem sie diese auffordert, im Hinblick auf die Möglichkeit einer Ausdehnung des Streiks ruhig zu bleiben, und die Hoffnung ausdrückt, daß die Streikbewegung durch den Widerstand der übrigen Eisenbahner, die den Streik nicht billigen, zum Stillstand kommen wird.

Verantwortlich für die Abdruck: „Aus Lübeck und den Hamburggebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Böhmig, in den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: J. H. Schmarck, Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Leder-Lage der Kriegs-Brodensammlung

Es wird gesammelt:

Sonnabend, 23. Juni, nur in St. Lorenz
 Montag, 25. Juni, nur in St. Jürgen und St. Gertrud
 Dienstag, 26. Juni, nur in der inneren Stadt

von 3—7 Uhr
 nachmittags

Im Auftrage der Reichsbekleidungsstelle werden wir an den genannten Tagen eine Hausammlung für alle in den Haushaltungen entbehrlichen Allfachen aus Leder, Kunstleder, Segeltuch usw. veranstalten. Wir werden Sammelwagen, begleitet von jugendlichen Sammlergruppen, durch alle Straßen der Stadt schicken, und bitten, den Sammlern die bereitgelegten Allfachen auszubändigen. Da das Sammelgut für die Verteidigung des Vaterlandes dringend verlangt wird, und das Ergebnis der Sammlung in vollem Umfange gemeinnützigen Zwecken zuzuführen, bitten wir, die Allfachen ohne Vergütung abgeben zu wollen. Alles Schuhwerk und Treibriemen werden nicht angenommen.

Haltet die Alllederfachen für die Abholer bereit!

15. Juni 1917.

Der Wirtschaftsausschuss: Baudirektor Balzer; Holbe Cyrus; Brodmüller; Haase-Campe.

Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 25. Juni bis 1. Juli 1917 wird Rindfleisch ausgegeben. Keine Person hat Anspruch auf Zuteilung von mehr frischem Fleisch als drei Vierteln der Wochenmenge. Der Rest kann in Wurst entnommen werden.

Um vielfach aufgetretene Zweifel zu beseitigen, wird darauf hingewiesen, daß niemand verpflichtet ist, Fleisch und Wurst gleichzeitig oder die ganze ihm zustehende Fleisch- oder Wurstmenge auf einmal zu entnehmen. Die Entnahme kann vielmehr in beliebigen Teilmengen erfolgen. Niemand hat aber Anspruch auf Zuteilung von mehr frischem Fleisch als insgesamt von drei Vierteln der Wochenmenge. Der Rest, also mindestens ein Viertel der Wochenmenge, kann in Wurst entnommen werden.

Lübeck, den 21. Juni 1917.

(1448)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß entsprechend der Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 12. Juni 1917 in der Zeit vom 18. bis 23. Juni von den Kleinhändlern eine neue Kundenliste für Kolonialwaren aufgestellt wird.

Alle Verbraucher, welche bei den Verteilungen vom 1. Juli d. J. ab berücksichtigt werden wollen, haben sich demnach, soweit dies nicht schon geschehen ist, bis zum 23. Juni einschließlich unter Vorlegung ihres Lebensmittelscheines erneut zur Kundenliste für Kolonialwaren anzumelden.

Lübeck, den 22. Juni 1917.

(1445)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung.

Abgabe von Kohlpflanzen.

Die Pächter der Kleingärten vom Roten Kreuz und die Inhaber von Kleingärten können ab Sonnabend, dem 23. Juni nachmittags zwischen 9 und 12 und nachmittags zwischen 2 und 6 Uhr gegen Vorlegung ihres Pachtvertrages oder Angabe der Gartennummer nachstehende Gemüsepflanzen erhalten:

Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Rosenkohl, Kohlrabi, Sellerie, Stedrüben, Grünkohl und Tomaten.

Die Abgabe der Pflanzen erfolgt in der Stadtgärtnerei, Wohlendamms 7, gegen Barzahlung.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Vorbereitung Gemüsebau.

Kaninchenfutter.

Die Maßstation der Stadtgärtnerei ist ab Freitag, dem 22. Juni, in den Anlagen am III. Wall. Die Abgabe der Futtererbsen erfolgt mittags von 12—1 Uhr beim Vorarbeiter daselbst. Preis für den Korb 20 Pf.

Infolge einhaltender Trockenheit findet nur eine beschränkte Abgabe von Futtererbsen statt. Die Abgabe wird nur abends von 6—8 Uhr verteilt.

Das Bauamt, Abteilung Gartenbau.

Eine Verordnung, betr. Verhütung zur Anmeldung von Broschüren, Flugblättern und sonstigen literarischen Erzeugnissen vor ihrer Veröffentlichung oder Ausbändigung an Verkäufer oder dritte Personen vom 16. Juni d. J. wird durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) veröffentlicht. Auf diese Verordnung wird hierdurch besonders hingewiesen. Die Anmeldung erstreckt sich jedoch nur auf solche Broschüren pp., in denen öffentliche oder die Allgemeinheit berührende Fragen behandelt werden.

Lübeck, den 20. Juni 1917.

Sticht. Generalkommando IX. N. R.

Eine Verordnung, betr. Verbot der Offenlegung von Karten mit Plänen über Städte, Eisenbahnen, Häfen und Hafenanlagen vom 13. Juni d. J. wird durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) veröffentlicht. Auf diese Verordnung wird hierdurch besonders hingewiesen.

Lübeck, den 20. Juni 1917.

Sticht. Generalkommando IX. N. R.

Verlobt:
Paula Döbert
Willy Schädel
 Lübeck Hamburg
 1439 2. Zt. auf Urlaub.

Gr. zum 1. Oktober 2. oder 3. Januar-Feierabend von älter Ehepaar vom Dehnenhof, Lübeck, am R. 66 an d. G. (1446)

Junge Kaninchen

billig zu verkaufen.

(1447) Sonntag, 30. 6.

Zu verl. 1 Koppel in Bomer, 30 Aa. Zu verl. nach 6 Uhr abds.

u. Sonn. Ges. 1.1. (1448)

Verl. u. e. Winge e. Portemon.

u. Jah. u. Orisfonten bis 6 Uhr.

Wing. Ab. G. 21c. (1438)

Bekanntmachung.

Lübecker Detaillisten-Verein.

An unsere Mitglieder!

Wegen des Personalmangels und der dadurch bedingten äußersten Anspannung aller Arbeitskräfte haben sich neuerdings bereits eine ganze Reihe von Ladengeschäften verschiedener Warenzweige am hiesigen Platz genötigt gesehen, von der Offenhaltung ihrer Betriebe an den Sonntagen abzusehen.

Wir können mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse unseren Mitgliedern nur empfehlen, allgemein ihre Läden bis auf weiteres

Sonntags geschlossen

zu halten.

Soweit im Lebensmittelkleinhandel mit Rücksicht auf die Brotversorgung eine beschränkte Verkaufszeit auch Sonntags nicht zu entbehren sein sollte, wird empfohlen, diese Verkaufszeit einheitlich in die frühen Morgenstunden bis 9 Uhr zu legen.

Der Vorstand.

1450

50 Arbeiterinnen

für auswärtige Munitionsfabrik sofort gesucht. (1446)

Oefftl. Arbeitsnachweis

Abt. für Frauen u. Mädchen

Mengstr. 28, Erdgeschoss.

Säde versch. Art, a. beschädigt, gr. u. kl. Posten, Karst zu höchsten Preisen (1431)

B. Tesmer, Dankwartstr. 15.

Sonnabend ohne Marken

letzte Ziegenfleisch. (1449)

St. 29, Markthalle St. 29.

Freibank. Ausgabe v. Freibankanleihe am Sonnabend, dem 23. Juni, vorm. 8 Uhr, für die Nr. 1831-1900 u. 1-150. Personen ohne Karten haben keinen Zutritt. (1449)

Die Waldschulkommission.

Sanität Prof. Dr. Wychgram, Genial Hansen, Hans Satow, Vorsitzender, Kästnermeister, Schriftführer, Geheimrat Heierfeldt, W. Dahms, J. L. Gustaf, Hauptlehrer Henschel, Prof. M. Keltze, Direktor Oberländer, Stabsarzt Dr. Ott, Oberstabsarzt Dr. med. Pauli, H. G. B. Radbruch, Frau Sen. Strack, Dr. med. Stoffers.

Aufruf für die Waldschule.

Trotz aller Ernährungsschwierigkeiten ist es dank dem Eintreten der Kriegshilfe, der Landesversicherungsanstalt und des Vaterländischen Frauenvereins gelungen, die Waldschule Wesloe auch in diesem Jahre mit der gegenüber früheren Jahren erhöhten Zahl von 120 Kindern zu eröffnen.

Der Gesundheitszustand einer größeren Anzahl dieser Kinder würde nun nach dem Urteil des Waldschularztes dringend deren Belassung in Wesloe über Nacht erfordern.

Leider reichen bei der herrschenden Legerung dafür die Mittel nicht aus.

An alle unsere Mitbürger, denen das Wohl der Kinder am Herzen liegt und die in der Lage sind, mit eigenen Mitteln zu helfen, ergeht deshalb die ebenso herzlich wie dringende Bitte, einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Beitrag baldmöglichst an einen der Unterzeichneten einzusenden oder auf das Erholungsheim-Konto des Vaterländischen Frauenvereins bei der Dresdener Bank hierzulassen.

Die Waldschulkommission.

Sanität Prof. Dr. Wychgram, Genial Hansen, Hans Satow, Vorsitzender, Kästnermeister, Schriftführer, Geheimrat Heierfeldt, W. Dahms, J. L. Gustaf, Hauptlehrer Henschel, Prof. M. Keltze, Direktor Oberländer, Stabsarzt Dr. Ott, Oberstabsarzt Dr. med. Pauli, H. G. B. Radbruch, Frau Sen. Strack, Dr. med. Stoffers.

1437

Annahme von Spareinlagen

zur Verzinsung. (Auch kleine Beträge.)

Holsten-Bank

Abteilung Lübeck

Königstrasse 57. Schwartauer Allee 67a.

1435

Taschenuhren
 Wanduhren
 Weckuhren
 Schmucksach.
 Verlobungsringe
 Willi Westfeling.

32 Holstenstrasse 32

Drucksachen aller Art

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

c. G. m. b. H.

Die neuen Kundenlisten

für die Verteilung von Nahrungsmitteln liegen in der Zeit von Montag, dem 18., bis Sonnabend, dem 23. d. Mts. in unseren Warenabgabestellen aus. Um die Abgabe der zur Verteilung gelangenden Waren ohne Störung vornehmen zu können, bitten wir unsere werten Mitglieder dringend, ihre Anmeldung wieder in der vorgeschriebenen Zeit vorzunehmen.

Die Lebensmittelbücher sind mitzubringen.

Um die Abfertigung in der laufenden Woche ohne Störung vornehmen zu können, bitten wir die Anmeldung möglichst an den stilleren Wochentagen vorzunehmen.

Der Vorstand.

1434

Eraserien
Wassers
Hansa-Brauerei A.G.
 Lübeck.
Trinkt
Lübecker
Vereins-
Bräu
Bavaria-Brauerei
 Hamburg-Stein
 Malterei Lübeck
 Lindend. 24. Tel. N. 01

Eraserien
 Die Klare der
Schloßbrauerei Kiel
 werden überall herbeigeht.
 Fleisch- und Wurstwaren
 Ockma- u. Schinkenwurstwaren
Julius Schöber
 Große Wustrow
 Große Buzzer 21
Heinrich Kronsbein
 Traventorstr. 27
 Traventorstr. 27
 Kronsbeinstr. 27
 Bäckwaren- u. Fleischwaren

Praktischer Wegweiser
 Essens- u. Bekleidungs- u. sonst. Geschäfte
 = ist einmal = empfehlensw. Geschäfte = zu gef. Beachtung = empfohlen =

Heinrich Waller
 Breitestr. 60
 Herrenwäsche,
 Krawatten, Unterzeuge,
 Hüte, Schirme etc.

Carl Rohde
 Hundestr. 6c
 Schmalz, Redarfartikel,
 Fein-Gerberei

August Schreier
 Tübinger Wustrowstr.

August Poppe
 7. Brühlstr.

Gigarenhandlungen
Adolf Röhricht
 Holstenstr. 2
 Ecke Schlüsselbud.

Wilhelm Rahfoht
 Untertrave 113, Telefon 637
 vorzügliche Bezugsquelle von
 diversen Weinen u. Spirituosen

Wurstfabrikation
Fleischwaren-Fabrik
Emil Aland
 Güter Aufschütt u. Wurst

Ratzeburger
Aktien-
Brauerei

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu
 Aktienbrauerei Lübeck

Entia
Mews Mühle, Mühlenfabrikate

Edlin
E. Ahrens, Bäckermeister.

Schwartz
L. Schaap
 Manufakturwaren, Konfektion,
 Arbeitergarderoben,
 Nähmaschinen

Die Lösung des Rätsels von Kronstadt.

Die russischen Bolschewiki geben bekanntlich in Stockholm eine besondere Auslandskorrespondenz „Prawda“ heraus, von der sieben die dritte Nummer erschienen ist.

Sie beschäftigt sich zunächst mit den internationalen Fragen, insbesondere mit der Forderung des Friedens ohne Eroberungen und Kriegsschädigungen. Ein Artikel des Redakteurs Hamjonow von der Petersburger „Prawda“, bezeichnet die Formel als Unsinn, wenn sie bedeuten sollte, daß keine neuen Anexionen stattfinden dürften. Die Anexionen der Vergangenheit seien nicht besser, als was jetzt das Schwert erworben. Elsaß-Lothringen, Polen, Irland, Indien, Ägypten, Armenien, Finnland, Turkestan und die Ukraine hätten ebenso ein Recht auf Freiheit wie Belgien. Dieses wahre Selbstbestimmungsrecht der Nationen könne aber nicht durch Verhandlungen der Regierungen oder der Sozialimperialisten in Stockholm verwirklicht werden, sondern nur durch die Revolution gegen Ribot und Bonar Law, wie gegen Bethmann Hollweg. Die Formel vom Frieden ohne Anexionen sei ein Unsinn und Unding, wenn man sie dieses revolutionären Inhaltes beraube. Wollte man aber sachlich mit den Regierungen Englands, Frankreichs und Deutschlands über die Weltkarte und die sofortige Beendigung des Krieges sprechen, dann brauche man wiederum diese Formel nicht.

Sodann erstattet die Auslands-„Prawda“ Bericht über die inneren russischen Verhältnisse. Zu den bisher bestehenden bolschewistischen Tageszeitungen seien 8 neue hinzugekommen, darunter ein Wochenblatt in Moskau, das sich „Spartakus“ nennt. Für die Front erscheint eine besondere Soldatenausgabe der „Prawda“. Die Wahrheit des Schützengrabens. Am 8. Juli werden die bolschewistischen Soldaten-Organisationen einen Kongress in Petersburg abhalten.

Die Stellung der provisorischen Regierung erklärt die Korrespondenz als sehr unsicher. Sie habe weder das Wachstum der Unternehmerrginnne, noch das Zunehmen der Teuerung verhindern können. Die Unternehmer schrien über die Arbeiterstreiks und riefen Konowalow vom Ministerium zur Hilfe. Sie besorgte keine Rohstoffe und setzte die Fabriken absichtlich still, um durch diese schweigende Aussperrung die Regierung zu scharfen Maßnahmen gegen die Arbeiter zu zwingen. Die Arbeiter verlangten demgegenüber, daß die Regierung sofort die Fabriken übernehme und ihnen Arbeit wie Brot sichere. An dieser sozialen Krise müsse die Koalitionsregierung scheitern; ein rein sozialistisches Ministerium werde folgen.

Am weitens interessantesten aber ist die Aufklärung, welche die Korrespondenz der „Prawda“ uns über die Vorgänge in Petersburg gibt, welche der bürgerlichen Presse zu so wüsten Phantasie-Meldungen Anlaß gegeben haben. „In Kronstadt“, so jagt die Auslands-„Prawda“, „hat sich seit der Revolution nichts geändert. Die unter dem zarischen Regime bis aufs Blut gepöbelten Matrosen-Soldaten Kronstadts haben in den ersten Tagen der Revolution die Jarenshergen ins Gefängnis geworfen, den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt und ihm die ganze Gewalt über die Stadt, den Hafen, die Werkstätten überwiesen. Als dann die bürgerliche provisorische Regierung entstanden ist, wagte sie nicht, den Kronstädtern eigene Beamte auf den Hals zu heben. Sie sandte nur einen Regierungskommissär, der sie bei dem Arbeiterdelegiertenrat vertrat, ohne sich praktisch in dessen Tätigkeit einzumischen. Er hatte auch keine Veranlassung dazu, da der Soldatenrat, der das Vertrauen der Volksmasse in vollem Umfange genießt, die vollste Ordnung aufrechterhielt. Am 30. Mai beschloß der Soldatenrat, der tatsächlichen Lage den rechtlichen Ausdruck zu verleihen und schaffte den Regierungskommissär ab. Die Kronstädter Arbeiter wollten keine anderen Beamten anerkennen als die von ihnen gewählten.“

Wenn also der Beschluß des Kronstädter Soldatenrats praktisch nichts ändere, so habe er doch einen ernsten politischen Hintergrund als Protest gegen die Regierung, welche

die Sache des Friedens und der billigen Lebensmittel nicht einen Schritt vorwärts bringe. Die sozialistischen Minister verlorren mit jedem Tag mehr an Einfluß auf die Arbeitermasse, wie gegen ihren Willen unternommene zahlreiche Streiks bewiesen. Wenn es so weitergehe, werde der Delegiertenrat bald nur eine Insel im Meere der Monarchie sein. Der Kronstädter Beschluß rufe dem Petersburger Delegierten rat zu: Nehmt die Gewalt in eure Hände! Ein anderer Ausweg sei schon heute nicht mehr offen.

Bei der Bewertung dieser Mitteilung darf man natürlich nicht vergessen, daß sie von der Richtung des russischen Sozialismus ausgeht, die ihren Standpunkt mit besonderer Leidenschaftlichkeit vertritt und die Wirklichkeit vielleicht zu sehr nach ihren Vorstellungen darstellt.

Ein sonderbarer Vorschlag.

Der frühere Staatssekretär Dernburg hat am vergangenen Sonntag im „Berliner Tageblatt“ angeregt, wenn eine gründliche Neuordnung der deutschen Verfassung im Augenblick nicht durchzuführen sei, wenigstens einen Personenaustausch vorzunehmen, weil zu den jetzt in Deutschland amtierenden Männern das Ausland kein Vertrauen hätte. Die „Breslauer Volkswacht“ macht sich diese Anregung im vollsten Maße zu eigen und führt sie weiter aus. Mit dieser Regierung wolle das Ausland keinen Frieden schließen. Selbst seine „langausgestreckte Friedenshand“, über die Graf Reventlow täglich höhne, werde schroff zurückgewiesen. Nun handle es sich nicht darum, einem Wunsch oder einer Laune des Augenblicks nachzukommen, sondern darum, dem Frieden näherzukommen. Die militärische Offensive des Jahres 1917 hätte ihn nicht gebracht und militärische Ereignisse würden ihn überhaupt nicht bringen. Sollte nach allem erfolglosen Blutvergießen ein neuer Winter der Kälte und des Hungers über alle Völker kommen, sollte Europa warten, bis auch die Amerikaner sich in das Kriegsgewimmel stürzen? Es müsse möglich sein, vorher einen Weg zu finden, der das Ende bringe. Alle Systeme und alle Personen, die im Wege ständen, müßten fortgeräumt werden.

Und aus diesem Gedankengang heraus meint die „Breslauer Volkswacht“, einem Bernstorff als Reichskanzler und einem Dernburg als Staatssekretär würde das Ausland volles Vertrauen entgegenbringen, und wenn die neue Richtung durch Staatssekretäre aus dem Parlament, wie Erzberger und Stresemann, David und Wurm gestützt werde, dann könne man mit einer energischen Bewegung die reaktionäre und imperialistische Imperialisten-Gruppe in die Bedeutungslosigkeit zurückdrücken und ein wesentliches Friedenshindernis beseitigen.

„Wer rüftet“, so fragt das Breslauer Parteiblatt, „eine Delegation zu Kaiser Wilhelm II. aus, die ihm die Sachlage vorstellt und die ihm nahelegt, in den Kreisen seiner Berater die Veränderung vorzunehmen, die uns das Vertrauen des Auslandes wiedergeben und die Änderungen des Systems vorzunehmen, die allein eine „Sicherheits für die Zukunft“ gewähren?“

Wir müssen sagen, daß uns selten ein sonderbarer Vorschlag zu Gesicht gekommen ist. Der Gedankengang unseres Breslauer Parteiblattes ist direkt verkehrt. Das deutsche Volk will den Frieden. Stößt es sich nun daran, daß Ribot, daß Lloyd George, daß Ministerpräsidenten sind? Kein Mensch, der wirklich den Frieden will, würde über solche Straßhalme stolpern. An Personenaustausch läßt man den Frieden wirklich nicht scheitern, wenn man ihn zu tiefsten herreißt. Aus diesem Grunde ist der Vorschlag, so gut er gemeint sein mag, zu verwerfen.

Neue Teuerungszulage im Malergewerbe.

Bei Ablauf des Reichsstaripvertrages im Malergewerbe im Februar vor. Jahres wurde unter Mitwirkung des Reichsamtes des Innern eine allgemeine Teuerungszulage von 5 und 6 Pfg. für die Stunde festgelegt. Diese Vereinbarung sollte bis 15. Februar 1918 gelten, wenn nicht bis Ende 1918 zwischen Deutschland und dem mit ihm im Krieg befindlichen europäischen Großmächten Frieden geschlossen sei. Die fortwährende Teuerung bestimmte indes den Vorstand des Malerverbandes, im Februar dieses Jahres beim Reichsamte des Innern um Verhandlungen über eine nochmalige Teuerungszulage nachzusuchen. Der Unternehmerverband erklärte sich hierzu auch bereit, im Sinne der erhöhten Forderung zu wirken, verlangte jedoch, daß die Entschel-

dung über die Höhe der diesjährigen Zulage seinen Ortsgruppen im einzelnen überlassen werde. Dem wurde vom Vorstand der Gehilfenorganisation mit dem Vorbehalt zugestimmt, daß nach erfolgter örtlicher Beschlußfassung erwogen werden müsse, ob die etwa dann festzustellenden großen Unterschiede der Zulagen an sonst gleichartigen Orten oder gar ein ablehnendes Verhalten der Unternehmer einzelner Städte ein zentrales Eingreifen zur Ausfüllung bestehender Lücken oder zur Ausgleichung größerer Unterschiede nötig machten.

Die örtlichen Beschlüsse sind nun in der Tat recht verschieden ausgefallen. Es wurden in einer größeren Anzahl Städte 5 bis 21 Pfg. Zulagen die Stunde festgesetzt. Darum wandte sich der Vorstand des Malerverbandes Anfang Mai wiederum an das Reichsamte des Innern, um die Angelegenheit im Sinne des seinerzeit gemachten Vorbehalts zu regeln. Es kam hierauf am 16. Mai unter Vorsitz des Herrn Ministerialdirektors Dr. Caspar zu allgemeinen Verhandlungen und zwar auf der Grundlage eines von der Gehilfenvertretung eingelegten Vorschlages, nach dem die diesjährige Zulage allgemein mindestens 10 Pfg. pro Stunde und in Großstädten und Städten mit Kriegsindustrie und lauren Lebensverhältnissen entsprechend mehr betragen sollte. Nach sachgemäher Begründung dieser Ansprüche erkannten auch die Unternehmervertreter die Berechtigung der Ansprüche an. Sie äußerten nur Zweifel darüber, ob sie überall die ihnen erwachsende Belastung tragen könnten. Es wurde ihnen unter anderem entgegnet, daß die ganz bedeutende Verteuerung der Materialien doch auch getragen bzw. in die Preise für die Arbeiten eingerechnet würde.

Hierauf wurde vereinbart, daß das Reichsamte des Innern das Resultat der Verhandlungen den Gau- bzw. Bezirksleitungen der heiderseitigen Organisationen übermitteln und sie zur Erledigung der Vereinbarung auffordern soll. Das ist nunmehr geschehen, vor allem durch ein durch Ministerialrat Dr. Caspar an die Gauvorsitzenden des Unternehmerverbandes gerichtetes Schreiben, das in seinem wesentlichen Teil wie folgt lautet:

„Bei der am 16. Mai im Reichsamte des Innern stattgefundenen Besprechung erkannten die Vertreter des Hauptverbandes der Arbeitgeber die Ausführungen der Gehilfenverbände in allen wesentlichen Punkten als zutreffend an. Alle Versammelten waren darüber einig, daß die neue Teuerungszulage, die neben der vom 25. Januar 1916 vereinbarten ersten Teuerungszulage zu zahlen ist, mindestens 10 Pfg. für die Arbeitsstunde betragen müsse. Diese Mindestgrenze soll nach Ansicht der Versammlung möglichst bald, spätestens bis 15. Juni 1917 durch freie Verständigung zwischen den Gauvertretungen des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe und den Bezirksleitungen des Verbandes der Maler usw. Deutschlands festgelegt werden. Schließlich waren die Versammelten darüber einig, daß in Großstädten und in Städten mit ausgebehrter Kriegsindustrie oder mit schwierigeren Lebensverhältnissen über den Mindestbetrag der Teuerungszulage soweit hinausgegangen werden müsse, als die örtlichen Verhältnisse irgend zulassen.“

Auch ich kann mich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und im Hinblick auf die in anderen Erwerbszweigen bewilligten Teuerungszulagen, auch im Malergewerbe die Gewährung einer neuen, erheblicheren Zulage dringend geboten erscheint und emphyel der Gauleitung, möglichst bald Verhandlungen mit der Gehilfenschaft einzuleiten und sich mit ihr über die Festlegung eines Mindestbetrages von 10 Pfg. für die Arbeitsstunde als neue Teuerungszulage zu einigen, außerdem aber zu prüfen, ob nicht an einzelnen Orten besondere Verhältnisse die Bewilligung einer höheren Teuerungszulage geboten erscheinen lassen.“

Es wird dann weiter mitgeteilt, daß die in Betracht kommenden Bundesregierungen gebeten werden, die erforderliche Verständigung durch Beauftragung bestimmter unparteiischer Personen zu fördern. In gleichem Sinne sind auch die Bezirksleitungen der Gehilfenverbände beschieden worden. Und in einem Schreiben an die Zentralvorstände der heiderseitigen Organisationen heißt es: „Ich bin bereit, mich bei den zuständigen Bundesregierungen dafür zu verwenden, daß, soweit es sich um bereits vor Vereinbarung der Teuerungszulagen vergebene Aufträge des Reiches, der Bundesstaaten und der Kommunalverwaltungen handelt, den Gesuchen der Unternehmer um Rückzahlung der vor ihnen gezahlten Zulagen möglichst weitgehendes Wohlwollen erwiesen wird. Dagegen kann ich eine bedingungslose Rückvergütung der Teuerungszulage aus öffentlichen Mitteln nicht in Aussicht stellen.“

Wie wir hören, sind die erforderlichen Verhandlungen bereits in allen Bezirken eingeleitet worden, sodaß, wie es scheint, mit einer korrekten Erledigung der von den Organisationen im Malergewerbe beschlossenen diesjährigen Teuerungszulage gerechnet werden darf.

Es fauft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterleben.
Von Dorothy Richardson.
Einzig berechnigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Den heiligen Petrus mit einer prächtigen roten Kappe und goldenen Sandalen konnte man schon um 10 Cent haben, dahingegen kostete die Jungfrau Maria mit dem Jesuskind ganze 25 Cent.

„Das ist ja die reine Halsabschneiderei!“ rief Henriette in dem Augenblick, als Angelina mit einer Madonna im Arm neben uns auftauchte, damit beschäftigt, das zurückgehaltene Geld nachzuzählen. Bis sie endlich damit fertig war, schritten wir zu dritt schweigend dahin.

„Wie trankst du aus?“ fragte Henriette, indem sie die schmachtige, urenmäßigste Gestalt Angelinas in dem schwarzen Seidenmantel musterte, der, wenn er vorne auseinanderklappte, eine blaue Arbeitshütze voller Kleisterflecken zeigte.

„Warum ziehst du denn übrigens deine Schürze nicht aus?“
„Das ist gleich“, sagte Angelina müde. „Nach mir schaut doch kein Mensch mehr.“

„Warum denn nicht?“ fragte ich.
„Ja, wissen Sie das denn nicht?“
„Was soll ich wissen?“
„Daß ich Witwe bin.“

„Witwe?“ fragte ich ganz verblüfft und sah unwillkürlich an der schwächlichen Kindergestalt herab.

„Ja, wie alt sind Sie denn eigentlich, Angelina?“
„Ich bin fünfzehn, das heißt, ich werde es demnächst.“

„Und Sie sind bereits richtig verheiratet?“ fragte ich entsetzt.
„Na, wenn Sie es nicht glauben, dann sehen Sie her.“ Und sie hielt mir ihre schwarze Arbeitsjacke vors Gesicht, an deren Ringfinger ein breiter, goldener Ehering glänzte. „Ich bin richtig verheiratet, allerdings!“

„Mein, Sie dürfen mich nicht mißverstehen! So war das ja nicht gemeint“, beeilte ich mich zu sagen. „Aber Sie sehen noch so jugendlich jung aus. . . Ich habe wirklich geglaubt, daß Sie nur spazieren.“

„Da gibt es nichts zu spazieren“, sagte Angelina bitter, „wenn einem einen schönen Tages der Mann auf und davon geht, und man sieht da mit einem Kind, für das man allein sorgen muß.“

„Ja, haben Sie auch bereits ein Kind?“
„Sie nicht, und über ihr kleines, verhärmtes Gesichtchen flag ein quälendes, unerbittlich zärtliches Lächeln.“

„Es ist tagsüber in der Krippe, wo sie die Kinder sehr gut behandeln. Aber am Abend, sobald ich von der Arbeit komme, hole ich es ab.“

„Es ist ein reizendes kleines Mädel“, sagte Henriette. „Ich habe es einmal gesehen.“

„Ein sehr aufgewecktes Kind“, sagte Angelina voll Mutterstolz. „Da, sehen Sie, was ich für ein schönes Spielzeug gekauft habe. . . Henriette, halt mal einen Augenblick den Petrus- und die Gottesmutter.“

Sie öffnete eine Schachtel, die sie bis dahin unter dem Arm getragen hatte und brachte ein prächtiges, farbiges Huhn hervor, das, wenn man auf einen Knopf drückte, laut zu gackern begann und ein Ei legte.

Henriette war ganz entzückt und begann in aller Eile ihr Kleingeld nachzuzählen.

„Ich wechle nicht gern einen Schein, solange ich noch Kleingeld habe“, sagte sie. „Aber so ein Huhn muß ich mir da drüben unbedingt auch kaufen“, und sie lief über die Straße zu dem indischen Händler hinüber. Bald darauf kam sie glückselig, die Schachtel unter dem Arm, zurück; das Huhn, mit dem sie doch eigentlich nichts anfangen konnte, hatte ihr einen vollen Tageslohn gekostet. . .

Wir begleiteten Angelina bis zu der Krippe, wo sie ihr Kind abholen wollte, und machten uns dann auf den Heimweg. Henriette sahien plötzlich verändert. Sie war wortlos und schien über irgend etwas nachzugrübeln. Mehrere Male bemerkte ich auch, wie sie sich mit einem verstohlenen Seitenblick musterte, und mir überkam ein unerklärliches Gefühl des Unbehagens. Vielleicht hätte ich doch besser daran getan, mir irgendwo ein kleines Zimmerchen für mich alleine zu mieten, anstatt mit Henriette zusammenzuziehen. . .

Als wir durch eine enge dunkle Seitengasse schritten, sahien Henriette plötzlich aus ihren Grübeleien aufzuwachen und sagte ganz unvermittelt:

„Sie werden doch aber um Gottes willen nicht etwa auch solche Geschichten machen, wie die letzte Mieterin, die ich gehabt habe.“

„Was hat denn die gemacht?“ fragte ich.
„Sie ist verrückt geworden“, antwortete sie kurz und zog ihr Zudeit feiner um sich, als fröstelte es sie. Ich merkte, daß sie keine Lust hatte, sich näher über die Sache auszusprechen, fragte aber trotzdem:

„Man wird doch aber nicht so ohne weiteres verrückt. . . Wie ist denn das zugegangen?“

„Weiß ich nicht. Das kam ganz plötzlich zum Ausbruch. Sie kam eines Tages zu Springer, ganz wie Sie auch, und sagte, sie juckte irgendwo ein billiges Legis, denn es gebe ihr gerade sehr

schlecht, und da habe ich sie denn einfach mit mir heimgenommen. Und eines Nachts wachte ich auf. . . da steht sie und rauf sich die Haare und hat ein ganz entstelltes Gesicht und schreit ganz schrecklich. Ich bin natürlich sofort zu der Italienerin hinunter, die unter mir wohnt, und deren Mann ist zur Polizei gelaufen, und dann haben sie sie mit dem Polizeiwagen abgeholt, und am nächsten Tage haben sie gesagt, sie sei verrückt geworden, die Tollhuhn habe sie, und nun sei sie in der Irrenanstalt drüben auf der Insel.“

„Auf welcher Insel?“ fragte ich, nicht weil mich das so sonderlich interessierte, sondern weil ich zu aufgeregt war, um etwas anderes fragen zu können.

Diese Frage mußte Henriette sehr dünn vorgekommen sein, das merkte ich an ihrem ganzen Ton, als sie antwortete:

„Na, die Insel also, wo die Verrückten, die Mörder, Diebe, Säuer und die Postkranken hingeschafft werden.“

„Das muß ja schrecklich sein! Und da ist sie also auch hingeskommen?“

„Ja, da ist sie hingeskommen. . . Aber nun sagen Sie mir mal ganz offen: sind Sie nicht durchgebrannt?“

„Wo? — durchgebrannt?“ „Von wo durchgebrannt?“
„Nun, von zu Hause natürlich.“

„Ja, von wo kommen Sie denn nur auf solche Ideen?“ fragte ich und lachte.

„Weil Fanny Harley auch durchgebrannt war.“
„Wer ist Fanny Harley?“
„Die selbe, die verrückt geworden ist.“

„Deshalb brauche ich doch aber nicht von Hause durchgebrannt zu sein.“

„O doch, denn Sie sehen der Fanny so auffallend ähnlich. Und sie sprechen und denken auch ganz so wie jene, soweit ich Sie bis jetzt kenne. Sie erzählte es selbst, daß sie daheim fortgelaufen sei, also dann muß es doch wohl stimmen. Sie stammte von einer Farm im Westen, ganz wie Sie auch, und —“

„Ich stamme aber von gar keiner Farm.“
„Ja, erzählten Sie denn nicht, Sie seien vom Lande?“
„Ja, daß es unmöglich war, Henriette klar zu machen, daß nicht ein jeder, der außerhalb Newyorks geboren ist, von einer Farm stammen müsse.“

Wir gingen durch ein häßliches, schmuckiges Arbeiterortel. Ich hätte sehr gern gewußt, in was in Henriettes Augen die Ähnlichkeit zwischen Fanny Harley und mir bestete und fragte deshalb gleichgültig:

„In was besteht denn nun eigentlich die Ähnlichkeit zwischen dieser Fanny und mir?“

„Die Ähnlichkeit“, sagte Henriette, „besteht darin, daß es ist, als wären sie eine ganz andere Sprache sprechen, allerlei so große feierliche Worte, die man sonst nie zu hören bekommt. Mein

Umgangsformen.

Die alldeutsche-konservative „Deutsche Tageszeitung“ hat vor einigen Tagen „Ratschläge des Herrn Schmachmann an seinen Sohn“ veröffentlicht — eine Reihe von Gedankenansichten über den „Umgang mit Feinden“. Einige davon lauten:

„Wirst du von Räubern überfallen, so laß es deine fürnehmste Sorge sein, dich als Mann von Ehre zu zeigen, indem du dich vor jeder Ueberfährtheit der Notwehr hütet.“

Auch nimm aufs peinlichste darauf Bedacht, deine weiße Weste fleckenlos in der Balgerei zu erhalten, denn die Räuber könnten dir später einmal aus der unfauberen Kleidung einen Vorwurf machen.

Vor allem schrei laut in die Welt hinaus, du wolltest den Spitzhaken nicht das geringste wegzunehmen. Das macht auf die Unbeteiligten einen guten Eindruck und beschämt die Angreifer.

Diesen Eindruck kannst du verstärken, indem du, während sie dir die Kehle zuzuschneiden suchen, deine Friedensliebe betuerst und dich zu einer Verständigung bereit erklärst.

Leb' nach diesen Regeln, lieber Sohn, und die Achtung deiner Hände — denn nur auf die kommt es an — ist dir gewiß, und überlaß den rauhen Soldaten, das Draufgehen und Zuschlagen anderen. Du hast das diplomatische Samariterwerk zu verrichten und kühnen Mut in die Wunden zu gießen, die deine tapferen Brüder an der Front den Gegnern beibrachten. Verjähnung ist alles und sei das Endziel deiner Bestrebungen.“

Die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung“ beantwortet diese alldeutschen Lebensregeln, indem sie unter der Ueberschrift „Der Umgang mit Andersgesinnten“ einige „Ratschläge des Herrn Großmann an seinen Sohn“ zusammengestellt. Der Großmann empfiehlt unter anderem die folgenden Grundsätze: „Hütest du, daß jemand eine andere Ansicht hat als du, so laß es deine fürnehmste Sorge sein, dich als Mann von Charakter zu zeigen, indem du dich vor jeder Sachlichkeit hütet.“

Auch nimm aufs peinlichste darauf Bedacht, die weiße Weste des andern, besonders, wenn er an einer verantwortlichen Stelle steht, nach Möglichkeit zu beschmutzen und ihm seine Ehre abzuschneiden. Es könnte dir sonst später einmal der Makel der Vornehmheit angeheftet werden.

Vor allem schrei laut in die Welt hinaus, daß sich auf Erden alles machen lasse, wenn man nur das Maul weit genug aufreißt. Das macht auf die Unbeteiligten einen erheitelnden Eindruck und schwächt die Andersgesinnten ein.

Diesen Eindruck kannst du verstärken, indem du den andern, falls er dir trotzdem etwas zu entgegenen wagt, überbrüllst. Du gerühlest so am sichersten, daß er dir deine Dummheit nachweisen kann.

Antwortet er dir in einer Weise, die von dem Bestreben zeugt, dir trotz seiner abweichenden Ansicht gerecht zu werden, so sieh ihn als erbarmlichen Schwächling an und beschimpfe ihn doppelt laut.

Lebe nach diesen Regeln, lieber Sohn. Und die Wahrung der deutschen Einigkeit — die besonders im Kriege gänzlich belanglos ist — überlaß den jammervollen Diplomaten. Du kannst inzwischen die Feindschaften des eigenen Hauses und die der Nachbargrundstücke einwerfen. Dann kommt wenigstens irische Luft hinein. Sollte der Spektakel etwa auch fremde Straßenbengel heranziehen, die sich an dem Vergnügen beteiligen möchten, so wird dein großer Bruder dir schon helfen, sie zu verjagen. Er ist ja zu nichts anderem da und kann gar nicht genug zu tun kriegen. Und kommt ein Schatzmann, so sagst du natürlich, die andern wären's zu weien.“

Kommunales.

Die Massenpeisung. In Heft 14 der „Neuen Beiträge zur Kriegswirtschaft“ macht Geheimrat Dr. Zenius eine interessante Statistik der Massenpeisungseinrichtungen auf. Im Februar dieses Jahres wurden hiernach insgesamt täglich im Durchschnitt 1705 435 Liter Speisefleisch verabreicht, wovon 72 Proz. auf die allgemeinen Kriegsküchen, 5 Proz. auf die Mittelstandsküchen, 13 Proz. auf die Fabrikküchen und 10 Proz. auf die sonstigen Küchen entfielen. Die Höchstleistung der Massenpeisungseinrichtungen betrug zu derselben Zeit in den Gemeinden von 5000 und mehr Einwohnern täglich bis 26,1 Liter oder 29,9 Portionen auf je 100 Einwohner, in den kleineren Gemeinden zwischen 14,6 und 18,6 Portionen. Die Mehrzahl der Kriegsküchen verlangt bei Abgabe der Speisefleisch einen entsprechenden Anteil der Lebensmittelkosten.

wegen können Sie natürlich sprechen wie Sie wollen, aber ich meine nur... Und dann gehen und stehen Sie so komisch, daß wir Sie in der Fabrik nicht angucken können, ohne innerlich zu lachen. Ich habe den andern gesagt, Sie seien von Lande, da gingen die Menschen alle so... Aber das sage ich Ihnen, Kaja — ja, haben Sie sich denn noch immer nicht daran gewöhnt, daß ich Sie Kaja nenne? — das eine sage ich Ihnen: schauen Sie zu, daß Sie all das merkwürdige Geize wegzulassen bald los werden, denn Sie werden sonst keine Freundin in der Fabrik haben, wenn Sie sich so großartig gebärden... „Ich verstehe nicht“, sagte ich. „Ich bin eben so wie ich bin, und so bin ich seit jeher gewesen. Wie soll ich denn stehen und gehen?“ Und worin liegt denn eigentlich meine Grobartigkeit?“

„Wie sie gehen sollten? Sie gehen zu leicht. Es ist immer so, als schwebten Sie irgendwie in der Luft... Und dann halten Sie Ihren Rücken so aufrecht und gerade, das einem ordentlich die Augen wehtun, wenn man hinsieht...“

„Und sie begann mich zu belehren, wie ich zu sprechen habe, wenn ich eine vernünftige Figur in der Fabrik abgeben wollte. Ich sollte nur auf sie aufpassen, ich sollte mich bemühen, die gleichen Bewegungen zu gebrauchen wie sie, denn würde ich mich mit der Zeit schon hineinfinden...“

„Wir mögen in der Fabrik nicht die feinen Fräuleins mit den feinen Händen und den schönen Kostümen“, sagte sie. „Das können wir bei unserer Arbeit nicht gebrauchen.“

Damals, an diesem Abend konnte ich natürlich noch nicht wissen, daß dies Mädchen, das so schüchtern und gehäut mit blauen Lippen und schlackernden Wulden neben mir ging, eine Ungläubliche, eine Kranke war, ein Stückchen der Natur, denn ich war ihr sonst nicht gefolgt, aber ich war so unerschrocken und hatte so großes Vertrauen zu meiner Arbeitskollegin, daß ich noch nicht einmal nach der Straße gefragt hatte, in der wir stehen sollten.

Wir gingen und gingen, der Weg schien wie ein Ende zu nehmen, bis wir endlich kamen zu dem großen Hof, der einen so unheimlichen Eindruck machte, nach und nach aber wurde mir aus dem Zug, und heute weiß ich, daß in jener Gegend die dunkelsten Verbrechen der Menschheit begangen wurden. Ich habe es lieber zu wiederholten Malen versucht, den ganzen Weg, den wir an diesem Abend gingen, noch einmal anzugehen, aber ganz ist mir das nie gelungen.

Die letzte Straße, durch die wir kamen, führte schließlich unter einem Eisenbahnviadukt hindurch, und als wir auf der andern Seite herauskamen, fanden wir an einem in der Abendsonne liegenden See, auf dem ein großer Dampfer verankert lag. Es war ein sehr schönes, türkisblaues Bild, und ich hatte schon...

Zum 150. Geburtstag Wilhelms v. Humboldt.

Am 22. Juni d. J. sind 150 Jahre verfloßen, seit Karl Wilhelm v. Humboldt zu Potsdam das Licht der Welt erblickte, einer der bedeutendsten Sprachlehrer und Staatsmänner, die je gelebt haben. Sein Briefwechsel mit Schiller und Goethe, sowie seine Beiträge und Erläuterungen zu zahlreichen Werken unserer beiden Nationaldichter sind noch heute ein Gemeingut unseres Volkes.



Wilhelm v. Humboldt.

Zur 150. Wiederkehr d. Geburtstages d. 22. Juni.

Im Jahre 1799 weilte Humboldt in Paris und sodann in Spanien, wo ihm namentlich Studien über die Urbewohner Spaniens, die Basten, angingen. Im Jahre 1809 wurde er Kultusminister in Berlin, gründete die Universität Berlin und leitete die diplomatischen Verhandlungen Preußens während der Freiheitskriege und auf dem Wiener Kongreß. Seit 1817 Mitglied des Staatsrates, versuchte er vergeblich gegen die Reaktion anzukämpfen, fiel 1819 in Ungnade und lebte bis 1830, wo er wieder in den Staatsrat eintrat, seinen Studien, durch die er die neuere Sprachwissenschaft begründete. Er starb am 8. April 1835 auf seiner Besitzung in Tegel.

Gewerkschaftsbewegung.

Bezeichnung der Technikerverbände. Der Vorstand des Deutschen Technikerverbandes veröffentlicht eine Erklärung über die Frage des Zusammenschlusses aller Technikerverbände. Ein Verbandstag nach Kriegsschluss werde zu entscheiden haben, ob „Deutscher Technikerverband“, „Bund der technischen-industriellen Beamten“ und „Bund der technischen Angestellten“ sich zusammenschließen können oder nicht. An dem Grundged, auch Mitglieder in Staatsstellung aufzunehmen, denen das Streikrecht nicht zusteht, will der deutsche Technikerverband unter allen Umständen festhalten.

Eine gemeinsame Eingabe zur Regelung des Fachschulwesens haben auf Anregung der Gesellschaft für Sozialreform fast alle größeren wirtschaftlichen Verbände an den Reichskanzler und die Regierung und die Ministerien der Bundesstaaten gerichtet. Neben der Generalkommission der Gewerkschaften und sämtlichen modernen Arbeiterorganisationen haben alle kaufmännischen Vereinigungen der verschiedensten Richtungen, alle Frauenorganisationen und selbst der Bund der Landwirte unterzeichnet. Der Reichskanzler wird in der Eingabe gebeten, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Kriegsverordnung zur Regelung des Fachschulwesens zu erlassen, zum „Schutz gegen die wirtschaftlichen Schädigungen durch ungeeigneten Unterricht auf gewerblich-industriellem Gebiet“. Durch minderwertige Fachschulen erlitten die einzelnen unentschlossenen Lernenden erhebliche Verluste an Zeit und Geld, zahlreiche junge Leute würden in Verufe gelockt, für die sie sich nicht eignen, und ein Ueberangebot mangelhaft ausgebildeter Kräfte erzeugt, daß die planmäßige Verteilung der vorhandenen Arbeitskraft aufs schwerste bedroht. — Eine Antwort auf diese Eingabe ist noch nicht erfolgt, aber die preussischen Verwaltungsbehörden haben schon einige zweifelhafte Institute geschlossen.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder vier Malzstieber vor Gericht. Das Landgericht in Bayreuth verurteilte wegen Malzstiebererei den Malzfabrikanten und Brauereibesitzer Leonhardt Schübel

in Stadtfreina zu einer Geldstrafe von 58000 Mk. und seinen Bruder Wilhelm, Brauereibesitzer, zu 60000 Mk., fern den Brauereibesitzer Georg W. u. s. in Weismain zu 70000 Mk. Die beiden Schübel hatten einen übermäßigen Gewinn von über 64000 Mk. Buels einen solchen von über 40000 Mk. erzielt. — Das Landgericht Würzburg verurteilte den Brauereibesitzer Emil Maas von Karlstadt wegen Malzstiebererei zu 28000 Mk. Geldstrafe.

Jehn-Uhr-Polizeistunde in Stettin. Der Berliner „L.-Z.“ berichtet aus Stettin: Das Stettiner General-Kommando macht bekannt, daß Kinder bis zu 14 Jahren sich nach 7 Uhr abends nicht mehr auf offenen Straßen und Plätzen aufhalten dürfen. Bei Ueberschreitung des Verbotes werden sie festgenommen. Die Polizeistunde ist für Stettin auf 10 Uhr abends festgesetzt worden.

Erdbeben in Württemberg. Aus Stuttgart, 21. Juni wird berichtet: Heute nacht 1 Uhr 10 Min. wurde hier ein heftiger Erdstoß verspürt. Darauf erhob sich ein gewaltiger Sturm, der die Einwohner aus dem Schlafe weckte. Im Boden saß man wie aus Klotz und Konstanz berichtet wird der Stoß in Richtung West-Ost so stark, daß die Gegenstände in den Zimmern ins Wanken gerieten. In Ulm, Heidenheim, Ellwangen und Ulm wurde ein dreifacher Stoß wahrgenommen. In Konstanz dauerte das Beben drei bis vier Sekunden und war von einem starken unterirdischen Rollen begleitet. Es bewegte sich in der Richtung von Südost nach Südwest. Die Hausbewohner eilten, erschreckt durch die hartwellenförmige Bewegung, zum Teil auf die Straße. Ein Unfall ist nicht bekanntgemorden. Das Beben ist merklich milder als das vom 16. November 1911.

Neue Papierbeschränkungen. Verleger und Drucker Zeitungen, die auf maschinenglattem, holzfreiem Druckpapier gedruckt werden, dürfen nach einer neuen, im „Reichs-Gesetzblatt“ veröffentlichten Verordnung vom 1. Juli bis zum 30. September 1917 solches Papier nur in den Mengen beziehen und verbrauchen, die für sie von der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe in Berlin festgelegt werden. Die Zeitungen erhalten je nach der Größe Einschränkungen von mindestens 11 v. H. (Zeitungen bis zu 200 Quadratmeter), bis zu 44,5 v. H. (Zeitungen über 1600 Quadratmeter) der von ihnen im Jahre 1915 verbrauchten Papiermengen. Wer diesen Uebertragungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Ueber die großen Schwierigkeiten, die der Tagespresse durch die Papiernot erwachsen sind, äußert sich der Kreisverein in Sachen des Zeitungswesens verlegervereins wie folgt: Die Verhältnisse auf dem Papiermarkt sind in der letzten Zeit zu einer Angelegenheit geworden, die nicht mehr allein die Fachverbände interessiert. Die unmittelbaren Folgen der drohenden weiteren Beschränkung sind eine Angelegenheit der Öffentlichkeit. Dem Zeitungswesen wird es interessant sein, daß das Königreich Sachsen über ein Drittel des gesamten Zeitungspapieres der deutschen Presse herstellt. Die sächsischen Papierfabriken sind zu einem großen Teile von der böhmischen Braunkohle abhängig, deren Zufuhr in der letzten Zeit nicht ausreichend war. Dabei ist es Tatsache, daß die sächsischen Fabriken bei voller Betriebsfähigkeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Lage wären, mehr als die Hälfte des Bedarfs an Zeitungspapier der ganzen deutschen Presse herzustellen. Wir erheben die Forderung, daß endlich das geschieht, was die beruflichen Organisationen seit Monaten fordern, und wir erwarten, daß nicht bloß Zulagen erfolgen, daß vielmehr endlich die Presse mit dem Material versorgt wird, das ihr die Erfüllung ihrer öffentlichen Pflichten ermöglicht. Wir verlangen die richtige Verteilung des vorhandenen Materials, und wir fordern die mögliche und durchaus erreichbare regelmäßige Zuweisung von Kohlen an die sächsische Papierfabrikation. Es geht nicht mehr an, daß in einer Zeit, in der das Volk nur dem großen Ganzen lebt, einer der wichtigsten Nervenstränge des sozialen Körpers in seiner Tätigkeit behindert wird; daß es den Zeitungen selbst für Nachrichten, die jeden für uns angehen, für Aufklärung, für Verständigung, für Kampf und Wahrheit wider die Lügen unserer Gegner, an Papier fehlt, daß der Anzeigenmarkt, dessen volkswirtschaftliche Bedeutung heute noch viel wichtiger ist, als im Frieden, immer mehr und mehr eingeengt wird.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weitest Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

über die ein paar leere Bretter gelegt waren, und die somit als Tisch dienen sollte, einem wackeligen Bett im Ofen und einer großen, eisenbeschlagenen Kiste. Dort, wo vielleicht einmal ein prächtiger Kamin gestanden haben möchte, stand ein kleiner, jämmerlicher, verrosteter Kofchen, dessen dünnes Abzugrohr durch die rohen Ziegelsteine hinausführte. Hinter dem Ofen aber waren in der Wand noch Teile des früherer Kaminumbaus geblieben — zwei in italienischen Marmor gebaute Vastalten mit brennenden Fackeln in den Händen. Die Diele lag voller Schmutz und Abfälle, und quer durch das Zimmer führte ein breiter, schwarzer Streifen zu einem kleinen türlofen Raum hinüber; dort stand der Kohlenkasten, und über dem Kasten hingen die Kleider Henriettens neben einem Paar Männerhosen. Die Rolle der Vorhänge an den großen Fenstern verjaßen Staub und große ruhige Spinne.

Auf der Fensterbank stand eine schwebende Lampe und warf einen matten Schein über eine lange Reihe von leeren Flaschen und Henriettens bleiches Gesicht, die am Ofen mit der Bereitung von Spiegelletern und Kaffee beschäftigt war.

Ich betrachtete ihr Profil, und versuchte herauszufinden, was es wohl war, das sie hübsch machte, denn hübsch war sie eigentlich doch, und sie hatte irgend etwas Gewinnendes an sich, das sich jedoch nicht beschreiben läßt. Ich sah ihre hohe, weiße Stirn, den mächtigen Zug um den Mund und die großen, hellblauen Augen, in denen sich der Schein der Lampe spiegelte. Sie lächelte vor sich hin... Aber plötzlich kam ein ganz anderer, fremder Ausdruck in ihr Gesicht, das Lächeln erstarb, die Mundwinkel erschlafften, und für die Dauer eines Augenblicks sah sie geradezu unheimlich aus.

Sie brachte die Eier und den Kaffee, setzte alles auf die Zuckertonne, und holte dann auch die Lampe herbei. Sie wollte nicht, daß ich ihr helfen sollte, sie sagte, sie sei es gewohnt, stets alles selber zu machen. Dann streifte sie das eine Fenster auf, um etwas frische Luft hereinzulassen. Aber draußen fuhr im gleichen Augenblick ein Zug vorbei, der eine große Wolke von Rauch und Kohlenstaub ins Zimmer sandte, so daß wir das Fenster wieder schließen mußten.

Und da erst antwortete ich auf die Frage, die sie vorher an mich gerichtet hatte.

„Ja“, sagte ich, „das kommt natürlich ganz darauf an, was Sie unter einem Freund verstehen.“

„Ich verstehe darunter das, was ich gesagt habe“, antwortete sie kurz, schob ein Ei auf ihren Teller, und reichte den Rest mir herüber. „Ich meine also einen speziellen Freund.“

„Nein, nein, den habe ich natürlich nicht. Dagegen habe ich viele junge Leute gekannt, ohne jedoch einen speziellen Freund unter ihnen zu haben, na, und hier kenne ich ohnehin niemanden.“ (Fortsetzung folgt.)

würden; aber nein, als wir auf der Höhe der Schienenstränge waren, bog er in eine dunkle, kalte, abertausende Seitengasse ein, die zumeist aus düsternen Lagerhäusern, Schenken und Unterfunkhäusern letzten Ranges bestand. Durch die Fenster, an denen die Vorhänge zöhlten, sah man in den Kugeln leuchtende, verschlammte Frauen damit beschäftigt, das Abendessen zu bereiten.

Diese Straße war die elendeste, die ich bisher in meinem ganzen Leben gesehen hatte, und sie lag auch völlig öde, wie ausgehört, da; nirgends war weder ein Mensch noch ein Tier zu sehen — das einzige Leben pulsierte und donnerte in den Zügen und über uns, die dicken, schwarzen Rauchwolken in die düstere Gasse hinabdrückten.

Es war alles so häßlich und so entsetzlich, daß ich mich keineswegs mehr wunderte, als Henriette vor dem jämmerlichsten und baufälligen Hause halt machte.

Wir stiegen eine Treppe hinauf, an der ein verrostetes Eisengeländer entlang lief, das früher einmal nicht häßlich gewesen sein mochte. Durch ein Fenster, das auf die Treppe hinausging, sah ich in einem Zimmer eine schwarzhaarige Frau sitzen, die ihrem Kind die Brust reichte.

„Das ist die Frau, die mir damals mit der Jammy geholfen hat“, sagte Henriette, während wir in ihre Wohnung eintraten.

„Haben Sie denn eigentlich gar keinen speziellen Freund?“ fragte Henriette.

Es war so stille im Zimmer gewesen, und die Frage kam so unerwartet, daß ich unwillkürlich vor der Seitenlippe hochfuhr, auf der ich ganz in Gedanken verfallen gewesen hatte, während Henriette am Herd damit beschäftigt war, Fett in einer Pfanne zu bräunen.

Die Art und Weise, in der sie ihre Frage stellte, deutete darauf hin, daß sie nicht nur aus purer Neugierde entbrann, sondern daß sie überhaupt sehen wollte, wie ich eine solche Frage aufnehmen würde. Ich überlegte mir deshalb meine Antwort genau, denn ich genügend Zeit fand, da draußen gerade ein endloser Zug mit abendabwärtendem Lärm vorüberrollte.

„Speziell hab ich mich im Zimmer noch einmal um. Die mit Eisenblech verzierten Wandpaneele können davon zu erzählen, daß dies Zimmer in früheren Tagen einmal, als diese Gegend noch zu den reichsten Neapols zählte, monomöglich einer reichen Dame als Schlafzimmer gedient hatte; nun dienen diese Paneele mir noch dazu, die Unterchied zwischen einst und jetzt um so trauriger hervorzuheben.“

In dem Hofen mehrere große und kleinere Kisten und Kästen, durch die der Himmel herabfiel; die ganze Zimmerdecke bestand aus zwei Scheiteln, einer leeren Zuckertonne.